

Politische Berichte

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH! PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!



3 EU-Gipfel verschärft Kurs gegen Migranten und Flüchtlinge – Fluchburg statt Festung !

7 Naher Osten: „Nichts als Zerstörung und Verderben für alle in der Region ...“



12 PISA-E : Ergebnisse auf den ersten und den zweiten Blick



15 IG-Bau-Streik endet mit wichtigen Erfolgen



20 Was ist Kunst ?



IN BERLIN

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
- ERSCHEINT VIERZEHNTÄGLICH

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Herbert Stascheit.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider, GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43188820, Fax: 040 / 43188821. E-mail: gnn-hhsh@hansenet.de – Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches West ...: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 624701, Fax: 0711 / 62 15 32, e-mail: pb@gnn-verlage.de ... und Ost Achim Wahl; GNN-Verlag, Postfach 21012, 10501 Berlin, e-mail: gnn-berlin@onlinehome.de

Diskussion / Dokumentation und Letzte Seite: Hardy Vollmer; GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761 / 34961

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de

Termine: Christiane Schneider, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1,30 . Ein Halbjahresabonnement kostet 23,40 (Förderabo 36,40), ein Jahresabonnement kostet 46,80 (Förderabo 72,80). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 41,60 , Sozialabo: 33,80 . Ausland: + 6,50 Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

AKTUELL

ASYL ERLEICHTERN! Die Initiative Pro Asyl erklärte am 1. Juli 2002: Eine wichtige Neuerung des neuen Zuwanderungsgesetzes, das als Ganzes erst zum 1. Januar 2003 in Kraft treten soll, wird bereits heute wirksam: Der von PRO ASYL als „institutionalisiertes Verfahrenshindernis“ kritisierte Bundesbeauftragte für Asylangelegenheiten ist ab sofort abgeschafft. Damit ergibt sich für Flüchtlinge, die im Asylverfahren anerkannt worden sind, schneller Klarheit über ihre Perspektive. Allerdings sind noch viele Klagen des Bundesbeauftragten gegen positive Asylbescheide anhängig. PRO ASYL fordert deshalb eine ernsthafte Prüfung, ob die vom Bundesbeauftragten bis zu seiner Abschaffung erhobenen Klagen tatsächlich in allen Fällen vertretbar sind oder zurückgenommen werden sollten.

Die nunmehr abgeschaffte Institution des Bundesbeauftragten für Asylangelegenheiten bestand seit 1965. Da über Asylanträge weisungsunabhängige Beamte entscheiden, sollte mit dem Bundesbeauftragten sichergestellt werden, dass die Entscheidungspraxis in vergleichbaren Asylfällen nicht divergiert. In der Praxis hat der Bundesbeauftragte jedoch seine Korrektivfunktion missbraucht und fast ausnahmslos gegen positive Asylbescheide geklagt. Dieses einseitige Amtsverständnis hatte für viele beim Bundesamt zunächst anerkannte Flüchtlinge die Folge, dass sie noch jahrelang in Unsicherheit über ihr Schicksal leben mussten.

Als missbräuchlich kritisierten PRO ASYL und andere Organisationen auch, dass der Bundesbeauftragte Rechtsmittel nicht nur dann einlegte, wenn Grundsatzfragen zu klären waren, sondern sich in seinen Klagebegründungen auf die angeblich mangelnde Glaubwürdigkeit des jeweiligen Asylsuchenden stützte.

Die Abschaffung des Bundesbeauftragten bietet nunmehr Anlass zu prüfen, welche Klagen gegen anerkennende Entscheidungen wirkliche Grundsatzfragen betreffen. Rechtsmittel, die der Bundesbeauftragte in Verkenntung der Funktion seines Amtes eingelegt hat, sollten nunmehr – auch im Interesse einer Entlastung des Asylverfahrens – zurückgenommen werden.

Die von PRO ASYL begrüßte Abschaffung des Bundesbeauftragten ist jedoch mit einem erheblichen Nachteil gekoppelt: Die Asylentscheider sind zukünftig weisungsgebunden.

PRO ASYL fordert eine Klarstellung, dass sich diese Weisungsbefugnis nur auf allgemeine Fragen bezieht, nicht aber auf die Beurteilung der Glaubhaftigkeit von Asylgesuchen im Einzelfall. Die individuelle Verfolgungsfurcht ist nichts, was nach Aktenlage oder nach Maßgabe politischer Interessen beurteilt werden kann. Jede Asylentscheidung setzt einen persönlichen Eindruck von der Glaubwürdigkeit des Flüchtlings voraus, der

nur in der Asylanhörung selbst gewonnen werden kann. PRO ASYL bedauert, dass bei der Verabschiedung des Zuwanderungsgesetzes die Chance versäumt worden ist, die Weisungsgebundenheit der Entscheider in Sachen Glaubhaftigkeitsbeurteilung festzuschreiben.

SELEKTION: Gemeinsame Presseerklärung des Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Deutschen Studentenwerks: (Bonn, 26. Juni 2002) „Nachdem es bereits dem deutschen Schulsystem nicht gelingt, sozialbedingte Ungleichheit auszugleichen, setzt sich diese im Hochschulsystem fort“, erklärten DGB-Bundesvorstandsmitglied Ingrid Sehrbrock und Prof. Dr. Hans-Dieter Rinkens, Präsident des Deutschen Studentenwerks (DSW), nach einem Gespräch heute in Bonn. Was für die Schule erst die PISA-Studie einer breiten Öffentlichkeit deutlich mache, sei bereits seit Jahren durch die Erhebungen des Deutschen Studentenwerks zur wirtschaftlichen und sozialen Lage der Studierenden in Deutschland hinreichend belegt.

Bildung, berufliche Stellung der Eltern und die Höhe des erzielten Einkommens seien als familiärer Hintergrund die entscheidenden Voraussetzungen für den Bildungsweg junger Menschen, so Rinkens. Sehrbrock stellte fest, die Zugänge zu den weiterführenden Schulen seien nach wie vor durch Selektionsdruck bestimmt, der nicht zuletzt auf Elternhäusern mit finanziellen Engpässen laste aber auch auf jenen Eltern, die in Anbetracht ihrer eigenen Situation in Beruf und Gesellschaft zögerten, ihren Kindern den Aufstieg durch Bildung zu ermöglichen.

Sehrbrock und Rinkens forderten gemeinsam eine Politik des Abbaus von Zugangsschwellen zur weiterführenden Bildung und der sozialen Öffnung der Hochschulen:

1. Die Durchlässigkeit des deutschen Bildungssystems muss erhöht werden.

Dazu gehörten außer einer besseren Beratung von Eltern und Schüler/innen bei den Übergängen von der Grundschule in die Sekundarstufe I und weiter in die Sekundarstufe II sowie in die Hochschulen eine gezielte Unterstützung aller Schüler/innen. Nur so könnten deren Potenziale entdeckt und gestärkt werden. Rigit Selektionsmechanismen, wie sie als Reaktion auf PISA nun angeboten würden, seien der falsche Weg.

2. Eine hinreichende und verlässliche Studienfinanzierung muss gewährleistet sein.

BAföG habe gerade für finanzschwächere Familien schon in der Oberstufe eine besondere Bedeutung. Bereits dort würden die Entscheidungen für oder gegen ein Studium getroffen. Rinkens wie Sehrbrock lehnten weiterhin Studiengebühren als unsozial ab. Wer mehr Studierende wolle, dürfe darüber hinaus Interessent/innen nicht noch durch solche Debatten verunsichern.

**EU-Gipfel verschärft
Kurs gegen Einwanderer**

Fluchtburg statt Festung!

Die reichen Staaten Europas schotten sich immer mehr gegen Flüchtlinge und MigrantInnen ab. Über Fluchtursachen und darüber, was getan werden kann und muss, um solche Fluchtursachen und den weiter zunehmenden Abstand zwischen reichen und armen Regionen, zwischen reichen und armen Staaten auf diesem Globus zu korrigieren, wird fast gar nicht mehr geredet. Entwicklungshilfe-Etats bleiben lächerlich gering, allein Scharpings neue Lufttransportflugzeuge kosten mehr als der gesamte Entwicklungshilfe-Etat eines Jahres. Diese Entwicklung hat sich auch auf dem jüngsten EU-Gipfel in Sevilla fortgesetzt.

Wie eng diese Festungspolitik verbunden ist mit der gesamten „Anti-Terror-Politik“ des Westens – also im Grunde inklusive Krieg in Afghanistan und als nächstes der Krieg gegen den Irak –, bestätigte der Gipfel dabei gleich zu Beginn, als nun auch die Staats- und Regierungschefs der EU die vorher von den Innen- und Justizministern verabschiedete sogenannte „Terror-Liste“ bestätigten. Damit sind sowohl die Kurdische Arbeiterpartei PKK als auch die baskische ETA nun förmlich von allen EU-Staaten als „terroristisch“ zu behandeln – also auch von solchen wie Österreich oder den skandinavischen Ländern, die bisher z.B. kein PKK-Verbot wie Deutschland hatten oder gar keine „Anti-Terror-Gesetze“. In Spanien selbst droht nun als nächstes ein Verbot von Herri Batasuna – das erste große Parteiverbot in Spanien nach der Überwindung des Franco-Regimes. Auf EU-Ebene soll – so zumindest die deutsche Regierungsposition – die Anti-Terror-Debatte außerdem zu einem weiteren Ausbau von Europol genutzt werden.

Im Zentrum der Beratungen in Sevilla aber stand die sogenannte illegale Einwanderung. Geplant waren, so die Bundesregierung in einem Vorabbericht zu Sevilla an den Bundestag, konkrete Maßnahmen „in den Bereichen Außen- grenzsicherung, Visa- und Rückführungs- politik und Schritte gegen die illegale Be- schäftigung ... Hierzu gehören u.a. eine verstärkte Überwachung der Seegrenzen, gemeinsame Schulungsmaßnahmen, eine Grenzüberwachung in Form von gemein- samen Patrouillen, einheitliche Visa und Sicherheitsnormen, Entwicklung eines europäischen Visa-Identifizierungssys- tems, gemeinsame Konzepte in der Rück- führungs- und Abschluss von Rückübernahmeverträgen“.

Die Staats- und Regierungschefs haben hierzu – trotz lebhaftem Drängen gerade



Mit im Zentrum der zahlreichen Protestaktionen gegen den EU-Gipfel in Sevilla, an denen sich über 100 000 Menschen beteiligten, stand der Widerstand gegen die Flüchtlings- und Migrationspolitik der EU bzw. der spanischen Regierung. 300 Menschen besetzten eine Kirche, um ihre Solidarität mit den in der Kirche hungerstreikenden Immigranten zu demonstrieren.

der sozialdemokratisch regierten Länder wie Deutschland und Großbritannien – am Ende zum Glück keine konkreten Beschlüsse gefasst. Die Bedeutung des Tref- fens liegt dennoch darin, dass das Klima gegenüber den „Sans papiers“ schon allein durch die öffentlichen Erörterungen vor und in Sevilla erneut rauer geworden ist. Dafür ist insbesondere Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) verantwortlich, der gemeinsam mit dem britischen Premier Tony Blair eine harte Anti-Immigra- tionspolitik verfolgte. Illegale Einwande- rung wird nur noch unter Abwehrge- sichtspunkten debattiert. Deshalb warn-

ten Amnesty International und andere Flüchtlings- und Menschenrechtsorgani- sationen im Vorfeld des Gipfels ausdrück- lich vor der Gefahr eines Abbaus von Menschenrechten für Flüchtlinge.

Auf einer Expertentagung des UN- Flüchtlingskommissariats UNHCR wurde vergangene Woche deutlich gemacht, dass die absolute Zahl der Einwanderer in den zurückliegenden Jahren gar nicht gestiegen ist. Durch die verschärften Visa- und andere Bestimmungen wurden immer mehr von ihnen in die Illegalität gedrängt. Nicht eine höhere Migration ist für die Zahl der „Illegalen“ verantwortlich, son-

Rassistische dänische Ausländer- politik bald EU-Standard?

Vor einem Monat hat die amtierende Rechtsregierung in Dänemark ein neues Ausländer- und Flüchtlingsrecht in Kraft gesetzt. Damit hat Regierungschef Anders Fogh Rasmussen sein Wahlver- sprechen einer fremdenfeindlichen Ausländerpolitik eingelöst: Seitdem werden bei unseren Nachbarn zum Beispiel

- Aufenthaltsgenehmigungen erst nach einem Sprachtest auf Niveau des neunten Schuljahres erteilt;
- eine unbefristet Aufenthaltsgenehmi- gung wird frühestens nach sieben Jahren erteilt; heiratswilligen AusländerInnen wird erst dann die Eheschließung genehmigt, wenn sie ihre „engen Bezü- ge“ zu Dänemark be- und eine Bankgarantie von 7000 vorlegen sowie beide das 24. Lebensjahr überschritten haben;
- oder wesentliche Verfolgungstatbe- stände nicht mehr als Asylgrund aner- kannt.

Der Flüchtlingsrat Schleswig-Hol- stein und dänische Flüchtlings- und Mi- grantenorganisationen stellen eine spürbare Restriktivität der dänischen Asylpolitik fest.

(...) Während in Dänemark im ersten Quartal 40% weniger Asylanträge ge- stellt wurden, stieg die Zahl in Schweden entsprechend. „Die Flüchtlinge ver- suchen sich dort, wo sie die größten Chancen sehen.“ kritisiert der Leiter der südschwedischen Einwanderungsbe- hörde, vorsichtig die Folgen der däni- schen Verdrängungspolitik. „Was Schweden fehlt, ist eine wie ich!“ höhnt Pia Kjaersgaard, rechtspopulistische Mehrheitsbeschafferin der dänischen Regierung ... „Wenn die Schweden ihre Großstädte zu skandinavischen Beirut machen wollen, mit Sippenkriegen, Fe- memorden und Massenvergewaltigung, sollen sie es tun. Wir können immer noch eine Brückenklappe in die Öresundbrücke einbauen.“ *Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein, 30.6.*

dern das verschärzte Ausländerrecht in den EU-Staaten. Trotzdem sorgt gerade Deutschland dafür, dass sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene die Einwanderungsvorschriften immer restriktiver gefasst werden.

Vor Sevilla wurde vorgeschlagen, Entwicklungshilfe mit „Wohlverhalten“ bei der Rückübernahme von Flüchtlingen zu verbinden. Nun sollen nur noch solche Staaten mit Entzug von Entwicklungshilfe bestraft werden, die besonders „renitent“ sind. Dafür bedarf es eines einstimmigen Beschlusses des Rates. Aber: Was hat Entwicklungshilfe eigentlich mit „Wohlverhalten“ bei der Rückübernahme zu tun? Welche Kriterien gibt es dafür? Wann ist ein Staat so „renitent“, dass ihm die Entwicklungshilfe gestrichen wird? Interessant auch, dass gerade sozialdemokratische Regierungen (Deutschland und Großbritannien an der Spitze) die Entwicklungshilfe drastisch beschneiden wollten. Bundesentwicklungsministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul (SPD) sollte sich ernsthaft fragen, welchen Stellenwert ihre Aussage, die deutsche Entwicklungshilfe bekämpfe Fluchtursachen, noch hat.

In Sevilla wurde auch über die Errichtung einer europäischen Grenzpolizei diskutiert. Ursprünglich war in Vorbereitungspapieren schon von der Errichtung einer eigenständigen europäischen Grenzpolizei mit eigenem Personalkörper und umfangreichen Befugnissen in den Mitgliedsstaaten die Rede gewesen. Daraus wurde dann aber nach Einsprüchen mehrerer Mitgliedsstaaten wieder abgerückt. Statt dessen soll jetzt erst einmal die Zusammenarbeit der einzelstaatlichen Grenzbehörden ausgebaut werden. Auch hierzu wurden am Ende in Sevilla keine formellen Beschlüsse gefasst. Trotzdem ist auch hier allein die öffentliche Erörterung schon ein propagandistischer Schritt zum weiteren Ausbau von Grenzkontrollen und Grenzsperren gegen Flüchtlinge. Bis März 2003 sollen zudem weitere Maßnahmen erörtert und vorbereitet werden, u.a. der EU-weite Austausch von Visa-Dateien. Niemand, der in irgendeinem EU-Staat abgewiesen wird, soll in Zukunft noch eine Chance haben, über einen anderen EU-Staat dennoch einzureisen.

Bei dieser Debatte wird zudem völlig außer Acht gelassen, dass schon bisher Tausende von Menschen an den Außengrenzen gestorben sind. Bundesinnenminister Otto Schily versucht mit diesem Konzept, die Existenz des Bundesgrenzschutzes zu retten, der sonst arbeitslos würde. Folge wäre aber: Wir bauen neue Mauern um Europa.

Ruud Lubbers, der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen, hat Recht, wenn er anlässlich des Weltflüchtlingsstages mahnte: Europa muss Fluchtburg werden, Verfolgten und Menschen in Not Schutz bieten. Europa darf nicht Festung zur Abwehr von Flüchtlingen sein.

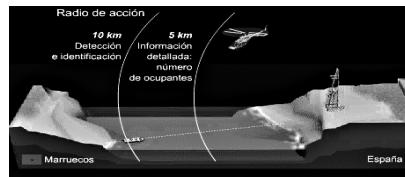
ruil

Festung und Zwangsanstalt

Spanien: Elektronischer Schutzwall gegen Einwanderer

Nach Abschluss eines Modellversuches setzt die spanische Regierung noch in diesem Jahr das Integrierte Elektronische System zur Außenüberwachung (SIVE) der Ostküste von Fuerteventura ein. Der Modellversuch habe ergeben, dass das System 95% der Flüchtlinge frühzeitig erkenne; Boote sollen etwa 25 km vor der Küste, die Körperwärme von Menschen auf 7,5 km geortet werden können. Seit einiger Zeit ist bereits an der Meerenge von Gibraltar ein Prototyp im Einsatz. Die drei neuen Anlagen sollen verbesserte Versionen der Testanlage sein, ihre Technik wird aktuell in Afghanistan getestet.

Bis 2004 soll SIVE auf die gesamte Küste Andalusiens ausgeweitet werden – Kostenpunkt 130 Mio. Euro. Bei einer ersten Probe von SIVE im Sommer 2000 hatte der Guardia-Civil-Kommandant Pérez erklärt: „Die Staaten am Rande Europa sind verantwortlich für die Sicherheit des Zentrums.“ Mit SIVE könnten auch kleinste Boote geortet werden, und in den so verbleibenden 20 Minuten könne „Europa“ wirksam die „Boote jagen“, bevor die Flüchtlinge an Land gingen. Jetzt will man weismachen, dass mit SIVE „schnelle Hilfe für die Leute in der Nusschale“ herbeigeholt werden könne, „um sie vor dem Ertrinken zu retten und an Land zu bringen“. Man spekuliert darauf, 90 der 130 Mio. Euro Kosten aus dem EU-Fonds zur Verhinderung von Schiffbruch zu ziehen.



Nach Angaben der spanischen Regierung sind von Januar bis Mai dieses Jahres 11.799 Menschen, die noch auf dem Meer gefasst worden sind, direkt ins Ursprungsland zurückgeschafft worden; im gleichen Zeitraum 2001 waren es noch 3.672 Menschen. scc (Quelle: *Telepolis*)

Türkische Gemeinde in Deutschland : Schily fordert „Germanisierung“ der kulturellen Minderheiten

Noch nie hat ein hochrangiger deutscher Politiker einer demokratischen Partei die Assimilierung der in Deutschland lebenden Nichtdeutschen offen gefordert und diese als Ziel seiner Politik formuliert. In einem Interview mit der *Süddeutschen Zeitung* vom 27. Juni wird dies ganz unverblümt von Bundesinnenminister Schily formuliert: „Ich sage Ihnen ganz offen: die beste Form der Integration ist die Assimi-

lierung.... Assimilierung heißt wörtlich ‚Anähnlichung‘“. Er spricht sich zugleich gegen die Förderung der Muttersprache und gegen Minderheitenschutz aus.

Schilys Vorstellungen widersprechen nicht nur gänzlich den bisherigen Positionen der SPD über die Integrationspolitik, sie übertreffen vielmehr die Diskussion mancher Unionspolitiker über die sogenannte „Leitkultur“. Die Fortentwicklung und Förderung einer eigenen Kultur, kulturellen Identität und Sprache der nichtdeutschen Bevölkerung Deutschlands war nicht nur für die SPD selbstverständlich, sondern auch Konsens unter allen demokratischen Parteien.

„Die Türken müssen hineinwachsen in unseren Kulturraum. Die Muttersprache muss Deutsch sein oder werden“. Diese Vorstellungen Schilys lassen keinen Zweifel daran, dass er sich völlig außerhalb der Politik der EU-Staaten begibt, die stets die Förderung von Muttersprache und Kultur der Migrantenevölkerung als ein zentrales Element ihrer Politik deklarierten. Dieses Recht zum „Erlernen der Muttersprache“ gehört sogar zu den sogenannten „Kopenhagener Kriterien“, die als Mindeststandards auch für die Anwerbestaaten für deren EU-Mitgliedschaft gilt. Die „Anähnlichung“, von der Schily spricht, darf nicht die Beseitigung der kulturellen und sprachlichen Vielfalt bedeuten. Voraussetzung hierfür ist vielmehr die rechtliche, politische und soziale Gleichstellung und Gleichbehandlung!

Wenn es das Ziel von Herrn Schily war, mit der Formulierung dieser Position alle übrigen rechten Politiker wie die Herren Beckstein oder Schill in Sachen Reglementierung zu überbieten, so kann ihm dieser Ruhm durchaus bescheinigt werden.

Diese Politik hat jedoch schwerwiegende Konsequenzen. Sie konterkariert alle Bestrebungen derjenigen, die seit Jahren für eine Integrationspolitik werben und sich entschieden dafür einzusetzen. Eine solche Politik, ja sogar eine solche Diskussion lehnen wir kategorisch und mit Entschiedenheit ab. Sie wird das Wahlverhalten der Migrantenevölkerung, vor allem das der Türken, maßgeblich beeinflussen.

Deshalb fordern wir den Bundeskanzler auf, sich von diesen Äußerungen Schilys unmissverständlich zu distanzieren. Wir fordern alle im Bundestag vertretenen Parteien, vor allem die Bündnisgrünen als Koalitionspartner, auf, sich ganz entschieden gegen diesen Kurs der Germanisierung zu stellen.

*Prof. Dr. Hakkı Keskin
Türkische Gemeinde in Deutschland e.V., 28.06.02. www.tgd.de/de/*

„Ich AG“: Wer schießt Kapital ein, wer kassiert Dividende?

Vielleicht hat Barbara Stolterfoht, die Vorsitzende des Paritätischen, Recht, wenn sie hofft, dass mit der von der so genannten Hartz-Kommission vorgeschlagenen Reform der Arbeitslosenhilfe/Sozialhilfe und Arbeitsvermittlung was Gutes raus kommt: eine Art Grundsicherung für alle, die wegen was auch immer in finanzielle Not geraten sind. Der Paritätische hatte gefordert, dass diese Grundsicherung aus dem Bundeshaushalt zu zahlen wäre und nicht wie die Sozialhilfe aus den Kommunalhaushalten – aber wer zahlen soll, wenn die Arbeitslosenversicherung nach maximal 24 Monaten nichts mehr leistet, haben wir in den bisher veröffentlichten Vorschlägen der Hartz-Kommission nicht finden können, sowenig wie viel dann als Sozialgeld (wie dann die Sozialhilfe heißen soll) fließt.

Vermutlich hat es mit der SPD-Wahlkampfführung zu tun, dass jetzt dies und das aus der Kommissionsarbeit veröffentlicht wird; eine richtige Beurteilung ist auf dieser Grundlage aber oftmals schwierig, weil es – wie beim Sozialgeld schon erwähnt – auf die Details und die Ausgestaltung ankommt. Im Grundsätzlichen sind durchaus bedenkenswerte Punkte, aber wie werden sie ausgestaltet?

Auch von Gewerkschaftsseite ist eher vorsichtiges Lob zu hören (allerdings nicht von Verdi). Tatsächlich hat ja die Idee, Arbeitslose als Zeitarbeitsbeschäftigte anzustellen und an Firmen weiterzuverleihen, was für sich. Die Regierung vermeidet einen offenen Angriff auf den Kündigungsschutz (denn der Arbeitslose/Beschäftigte hat ihn ja gegenüber der Zeitarbeitsfirma); die Firma aber, die eigentlich anstellt, hat ihn umgangen und die Erfahrungen in den süddeutschen Regionen mit geringerer Arbeitslosigkeit zeigen, dass tatsächlich etwa ein Drittel bis die Hälfte der Beschäftigten von Zeitarbeitsfirmen in ein festes Arbeitsverhältnis übernommen werden.

Dass aber dieses Modell in Regionen mit 15 bis 20 Prozent Arbeitslosen viel bringen wird, kann bezweifelt werden: Entweder ist die Zeitarbeitsfirma eine Verwaltungsmaschine, die Geld verbraucht, das man den Arbeitslosen lieber direkt geben sollte. Oder: die Zeitarbeitsfirma muss sich rechnen, also wird sie nur soviel Leute einstellen, wie sie vermitteln kann, und auch nur solche, die sie bei Firmen unterbringt. Verbunden mit dem Druck auf Arbeitslose, mehr Mobilität zu erbringen, wird das die Abwanderungstendenzen aus den ostdeutschen Regionen noch mal enorm beschleunigen.

Trickreich ist auch die Idee mit der „Ich AG“; der erleichterten Selbstständig-

keit. Zusätzlich zum Arbeitslosengeld sollen bis zu 15 000 Euro im Jahr dazuvor verdient werden können; damit wäre die zu Beginn der Regierung Schröder beschlossene Einschränkung von 630-DM-Jobs faktisch wieder außer Kraft gesetzt. Das müsste nicht unbedingt verkehrt sein, aber auch hier sind die Details interessant: z.B. wie ist eine soziale Absicherung solcher Art Selbständiger möglich, zahlte die Arbeitslosenkasse die Versicherung, wie wird mit dem Arbeitslosengeld verrechnet, wie lange läuft das parallel? Nicht nur der Verdi-Vorsitzende Bsirske befürchtet, dass hierüber (öffentliche)

Dienstleistungen verschwinden und sich ein breites Feld von Scheinselbstständigkeit öffnet. Sogar die wirtschaftsliberale *Stuttgarter Zeitung* rechnete am Beispiel einer Putzfrau vor, dass die Idee noch sehr unausgegoren ist.

Was aber auf jeden Fall fest steht: Der Charakter der Arbeitslosenkasse als Versicherung verliert sich noch weiter. Arbeitslosengeld ist nicht mehr Versicherungsleistung für gezahlte Beiträge, sondern pauschaliert und in die Disposition der Vermittlung gestellt. Die Opposition muss sich also verstärkt um das Thema Grundsicherung kümmern. alk

Dokumentiert:

Das schlägt Hartz zum Abbau der Arbeitslosigkeit vor

(**Spiegel-Online, 29.6.2002**).

Berlin – Die von VW-Manager Peter Hartz geleitete Regierungskommission zur Reform des Arbeitsmarktes hat ihre „13 Module zum Abbau der Arbeitslosigkeit und zur Reform der Bundesanstalt für Arbeit“ vorgelegt. Die Nachrichtenagentur dpa dokumentiert die wesentlichen Passagen des stichwortartig formulierten Papiers:

„...die Zumutbarkeit muss nach geographischen, materiellen, funktionalen und sozialen Kriterien in Verbindung mit Freiwilligkeit und Pflichten neu formuliert werden.“

Ein ganzheitlicher Finanz- und Familienstatus der Arbeitslosen muss erfasst werden.

Um die Umsetzbarkeit der Zumutbarkeitskriterien zu gewährleisten, ist die Beweislast umzukehren, d.h. der Arbeitslose muss beweisen, dass eine Stelle, die er abgelehnt hat, nicht zumutbar ist. (...)

Aufhebung des Verschiebebahnhofs zwischen Arbeitsamt und Sozialamt durch organisatorische Zusammenlegung von Sozialämtern und Arbeitsämtern sowie relevanter Leistungseinrichtung für Qualifikation, Therapie und PersonalServiceAgentur (PSA).

Das Jobcenter ist Anlaufstelle für alle Erwerbsfähigen, die nach geltendem Recht dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. (...)

Herzstück des Abbaus der Arbeitslosigkeit ist eine neue Form der Zeitarbeitsgesellschaft, die PersonalService-Agentur (PSA). Jedes Arbeitsamt wird künftig über eine eigene oder outsourcete PSA verfügen. Über die PSA können Unternehmen neue Mitarbeiter suchen, kostenlos auf Probe oder gegen Entgelt Mitarbeiter leihen, Trainingsmaßnahmen veranlassen oder die eigene Personaladministration entlasten. Das Arbeitsamt bietet jedem Arbeitslosen, der dem Arbeitsmarkt zur Verfügung steht, die Möglichkeit einer Beschäftigung bei der PSA. Die Entscheidung über die Einstellung obliegt der PSA. (...)

Faktisch führt die verstärkte Einschaltung von Zeitarbeitsfirmen und PSAs aus Sicht der Unternehmen zu einer Neutralisierung des Kündigungsschutzes. Die Beschäftigten selber haben aber in den Zeitarbeitsfirmen und PSAs den vollen rechtlichen Kündigungsschutz.

Die PSA ist ein eigenständiges Business-Unit mit Vergütung auf Honorarbasis entsprechend den marktüblichen Bedingungen für Personalvermittler und Zeitarbeitsfirmen. Die Beschäftigung erfolgt zu Tarifbedingungen mit gesetzlichem Kündigungsschutz. (...)

Zusammenführung von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe zu einem gestuften System: – Sechs Monate Pauschalleistungen mit drei Tagessätzen (Heimatkasse, Landeskasse, Bundesklasse; kostenneutrale Festlegung) – 6.–12. Monat genau gerechnetes Arbeitslosengeld (analog heutiges ALG) – 12.–24. Monat reduziertes Arbeitslosengeld (ersetzt in Höhe heutige Arbeitslosenhilfe und ggf. Hilfe zum Lebensunterhalt durch eine Regelung auf Basis des Finanzstatus.)

Nach 24 Monaten läuft das Arbeitslosengeld grundsätzlich aus, danach wird Sozialgeld gezahlt (entspricht der heutigen Sozialhilfe). (...)

Zielsetzung der „Ich-AG“ und „Familien-AG“ ist das Herausholen von heutigen Schwarzarbeitern in eine legale Beschäftigung, die Schaffung und Vergrößerung des in Deutschland unterentwickelten Marktes für Dienstleistungen und andere einfache Arbeiten, die Flexibilisierung der Beschäftigten in kleineren Unternehmen und Handwerksbetrieben sowie die Förderung der Selbstständigkeit.

Als Vorstufe zur Gründung eines vollwertigen Gewerbebetriebes wird eine neue, einfach zu handhabende Selbstständigkeit eingeführt (die „Ich-AG“ bzw. „Familien-AG“).

Bei konsequenter Umsetzung durch eine parteiübergreifende „Projektkoalition“ kann es gelingen, die Arbeitslosigkeit bis Ende 2005 auf ca. 2 Mio. (< 5%) zu reduzieren.

Durch die Reduzierung der Arbeitslosenzahlen und Verkürzung der Dauer der Arbeitslosigkeit können die notwendigen Maßnahmen finanziert werden...“

Bundestag berät nächste Woche über Einrichtung eines „Zentrums gegen Vertreibung“

„Vertriebene“ hoffähig

Kommenden Donnerstag (4.7.) wird der Bundestag über drei Anträge zur Errichtung eines „Zentrums gegen Vertreibung“ beraten und abstimmen. Die Debatte ist ein weiteres Indiz dafür, welchen Einfluss die revanchistischen Vertriebenenverbände haben. Schon die von Ministerpräsident Edmund Stoiber (CSU), der Sudetendeutschen Landsmannschaft und FPÖ-Chef Jörg Haider angezettelte Debatte, die Tschechische Republik solle die Benes-Dekrete widerrufen, hat den giftigen Einfluss dieser Verbände und ihren Schulterschluss mit CDU und CSU erneut gezeigt. Aber auch SPD und Grüne biedern sich dieser völkischen Klientel zielstrebiger an. Bundeskanzler Gerhard Schröder und Innenminister Otto Schily nutzen jede Gelegenheit zu Auftritten. Kritik aus den Reihen der Regierung an der Forderung nach einem „Recht auf Heimat“ und nach Rückgabe deutschen Eigentums müssen die „Vertriebenen“ nicht fürchten.

Im Sommer 2000 war der Bund der Vertriebenen (BdV) mit seiner Forderung nach einem „Zentrum gegen Vertreibung“ an die Öffentlichkeit getreten. „In zentraler Lage Berlins“ solle das Zentrum „mit zirka 11000 Quadratmeter Nutzfläche“ errichtet werden, Kosten: 160 Millionen DM. Träger soll ein „Förderkreis“ sein, für den der BdV den SPD-Politiker Peter Glotz und den ungarisch-jüdischen Schriftsteller György Konrád gewann. In der Konzeption des BdV findet sich im Abschnitt „Warum Vertreibungen“ kein Wort zu den Verbrechen der Naziokkupations-, Germanisierungs- und Vernichtungspolitik.

Ein solches Zentrum wäre ein Mahnmal deutsch-völkischer Verbohrtheit, Kultstätte für Rechtsextremisten und Stein gewordener Beweis für Geschichtsfälschung und Bagatellisierung deutscher Verbrechen. Aus Osteuropa kam deshalb sofort scharfe Kritik. Aus Polen verlautete, das Zentrum solle in Wroclaw errichtet werden. Damit sollte das Thema „Vertreibung“ in direkten Zusammenhang mit der Nazigermanisierungspolitik gestellt werden. Der BdV lehnte ab.

Auf meine Anfrage an die Regierung, wie sie sich zum Plan des BdV verhalten wolle, kam damals von SPD und Grünen hinhaltend Nebulöses. Wegen Föderalismus sei eine 50-prozentige Beteiligung des Landes Berlin erforderlich und die Übernahme der Trägerschaft. Außerdem sei das „wissenschaftliche und museologische Konzept“ nicht erkennbar. Im übrigen erwähnte in Berlin bereits ein Denkmal an Flucht und Vertreibung, für ein Zentrum habe man kein Geld. (Bundestagsdrucksache 14/3922 vom 21.7.2000)

Inzwischen ist die Diskussion weitergegangen. Der BdV hat angeblich mehrere hundert Städte und Gemeinden dafür gewonnen, ihre „Patenschaft“ für ein solches Zentrum zu erklären. CDU und CSU und ihr Kanzlerkandidat Stoiber wollen das Thema nun zum Wahlkampfthema aufzubauen, um Rechtsaußen Stimmen zu fischen. Dass sie damit gegenüber Polen und der Tschechischen Republik Spannungen schüren, nehmen Union und „Vertriebene“ in Kauf. Der Ex-BdV-Funktionär Hartmut Koschyk brachte Mitte März mit BdV-Chefin Erika Steinbach, ebenfalls CDU-MdB, einen Antrag auf den Weg. Die Bundesregierung solle mit dem BdV in eine „konstruktive und organisatorische Zusammenarbeit“ eingetreten, ein Gebäude bereitstellen und einen Finanzierungsplan vorlegen. Die FDP eilte mit einem Antrag hinterher, der verlangt, die „in Deutschland vorhandenen kollektiven Erfahrungen der Vertreibung“ (also nicht die Erinnerung an Naziverbrechen) zum „Ausgangspunkt für das Dokumentations- und Forschungszentrum“ zu machen.

Die Bundesregierung blieb scheinbar auf Distanz. In ihrem Antrag fordert sie ein „europäisch ausgerichtetes“ Zentrum, das „die Vertreibungen im Europa des 20. Jahrhunderts in ihren verschiedenen Ursachen, Kontexten und Folgen, darunter die Vertreibung der Deutschen, dokumentieren“ soll. Der Trägerkreis solle europäisch sein. Als Ort wünscht die SPD Wroclaw.

Die Differenzen sind aber nur vordergründig. Im Bundestag berichtete am 16. Mai der CDU-Abgeordnete Norbert Lammert, der Staatsminister im Kanzleramt, Nida-Rümelin habe BdV-Präsidentin Steinbach bereits im März 2001 prinzipielle Zustimmung der Bundesregierung signalisiert. Die „europäische Ausrichtung“ des Projekts könnte sich – zumal bei dem zielstrebigen Werben Schilys und Schröders um Wählerstimmen in der völkischen Klientel und um die Gunst der BdV-Funktionäre – bald erledigen, zum Beispiel durch eine nicht-deutsche Galionsfigur im Beirat. Und der Streit um den Ort ließe sich durch eine Außenstelle des von Berlin gelenkten Zentrums in Wroclaw lösen.

Mein Kollege Heinrich Fink hat am 16. Mai zu Recht erklärt: „Wenn wir uns auf Deutschland beschränken würden, wären die Zahlen der vertriebenen Juden auf jeden Fall mitzurechnen, ebenso die der Polen, Tschechen und Russen sowie die all derjenigen aus von Deutschland besetzten europäischen Staaten, die als Zwangsarbeiter nach Deutschland deportiert wurden ... Die älteste Wurzel aller Vertreibungen kommt aus dem Antijudaismus ... Ich bin von 1940 bis 1945 von Bessarabien nach Brandenburg getrieben

worden. Ich habe aber bald begriffen: Vertrieben haben uns nicht die Russen oder Polen, sondern diejenigen, die den Krieg von Deutschland aus angefangen haben.“

Der Bundesverband der Vertriebenen kommt für mich weder als Träger noch als Miträger eines solchen Zentrums in Betracht. Das völlig einseitige, die deutschen Verbrechen der Nazizeit bagatellisierende Weltbild dieser Verbände und ihre bis heute fehlende Abgrenzung zu Antisemiten und Rechtsextremisten disqualifizieren den BdV völlig. Das Thema hat für mich nur eine Berechtigung, wenn von vornherein mit jüdischen, polnischen, tschechischen VertreterInnen und mit Roma und Sinti als größten Opfergruppen deutscher Germanisierungspolitik im letzten Jahrhundert ein Gesamtkonzept erarbeitet wird. Das aber ist nie geschehen.

Wie weit CDU und CSU bereit sind, am rechten Rand zu fischen und zu hetzen, hat Stoiber vergangenes Wochenende deutlich gemacht, als er ausgerechnet das Treffen der Ostpreußischen Landsmannschaft in Leipzig wählte, um seinen Einsatz für den BdV deutlich zu machen. Im Ostpreußenblatt der Landsmannschaft durfte 1994 nach dem Brandanschlag auf die Synagoge in Lübeck der damalige Rep-Chef Franz Schönhuber Ignaz Bubis als „Volksverhetzer“ verleumden. Auf 25 Seiten dokumentierte mein Büro damals ausländerfeindliche, revanchistische, antideutschdemokratische Äußerungen von Autoren und Anzeigen rechtsextremer Verlage in dem Blatt. Ende 2000 bestätigte die Bundesregierung erneut entsprechende Artikel, u.a. des Auschwitz-Leugners David Irving und des NPD-Anwalts Horst Mahler. Zum Treffen in Leipzig hatten auch die NPD und die offen rechtsextreme „Junge Landsmannschaft Ostpreußen“ mobilisiert. Daß Stoiber dieses Treffen besucht, dokumentiert, was für ein gefährlicher Brandstifter der Mann ist.

Ulla Jelpke ist innenpolitische Sprecherin der PDS-Bundestagsfraktion. Ihr Artikel erschien auch in der jungen Welt, 29.6.



Peter Glotz beim BdV-Tag der Heimat am 2.9.2001: „Das ist der Grund, warum ich mich für ein Zentrum gegen Vertreibungen in Berlin engagiere. Denn das Thema ist weder erledigt noch aufgearbeitet. Es ist auch keineswegs nur ein Thema, das wir mit Tschechen und Polen diskutieren müssen. Es lohnt auch die Diskussion mit Amerikanern, Engländern und Franzosen.“
(Quelle: DTN 40)

Die Fortsetzung, ja Steigerung der wahllos israelische Zivilisten tötenden sog. Selbstmordattentate beweist, dass die militärische Besetzung der Palästinensergebiete mit all ihrer willkürlichen Zerstörung von Flüchtlingslagern und Stadtteilen, von zivilen Einrichtungen der Palästinenserbehörde, von Angriffen auf Zivilisten für die israelische Bevölkerung nicht einmal ein Mindestmaß an Sicherheit schafft. Im Gegenteil. Bei einem der folgenschwersten Selbstmordattentate auf einen israelischen Linienbus in Jerusalem starben am 18.6. mindestens 19 Menschen, darunter zahlreiche Schulkinder. Die erneute Besetzung der Autonomiegebiete durch die israelische Armee mit ihren Zerstörungen, Massenverhaftungen, Ausgangssperren bereitet nur den Boden für neue verzweifelte Gewalt.

Wir veröffentlichen zwei aktuelle Dokumente: Gush Shalom, eine relativ kleine, aber seit langem entschlossen kämpfende Organisation der israelischen Friedensbewegung, hört nicht auf, darauf hinzuweisen, dass die Perspektive des Friedens von der Beendigung der israelischen Besetzung des Westjordanlandes und des Gazastreifens abhängt. In Palästina haben sich 58 Intellektuelle gegen die Selbstmordattentate zu Wort gemeldet: Die freie Entwicklung der palästinensischen Gesellschaft ist von einem nachbarschaftlichen Miteinander Israels und Palästinas nicht zu trennen. scc

Israelischer Friedensblock (Gush-Shalom) zur Bush-Rede

Schöne Worte, die die hässliche Wirklichkeit umgehen

Demokratische Reformen, eine lebendige Demokratie auf der Basis von Freiheit und Toleranz, eine wirkungsvolle Gesetzgebung, eine unabhängige Rechtsprechung, Gewaltenteilung, eine neue Verfassung – lauter rosige Dinge hielt der Präsident der Vereinigten Staaten in seiner lang erwarteten Rede über den Mittleren Osten für die Palästinenser bereit.

Irgendwie schaffte es George W. Bush durch seine ganze Rede hindurch, jeglichen Bezug auf eben jenes Fleckchen Erde zu vermeiden, wo all diese wunderbaren Dinge Gestalt annehmen sollen. Keine Rede davon, dass alle Städte der West Bank von den israelischen Streitkräften eingenommen worden waren, dass Hunderttausende der Einwohner in ihren Häusern durch ein strenges Ausgehverbot gefangen gehalten werden und dass Zivilisten bei Betreten der städtischen Straßen riskieren, von Panzern mit Granaten beschossen zu werden (als die Rede in Washington gehalten wurde, nahmen israelische Soldaten die Stadt Hebron vollständig ein und töteten dabei drei Polizisten), dass bereits vor die-



Auf der Pride-Parade am 28.6. in Tel Aviv, an der sich trotz der Sicherheitslage 80 000 statt der erwarteten 40 000 Menschen beteiligten, protestierte die schwul-lesbische Gruppe „Schwarzes Schaf“ gegen die Besetzung der palästinensischen Gebiete.

ser Eroberung jene Städte und Dörfer, wo Bush gerne eine blühende Marktwirtschaft hätte, durch Kontrollpunkte, Zäune und Belagerungsvorrichtungen von einander abgeschnitten worden sind und die Einwohner ihre Autos durch Esel ersetzen, die sich auf engen Bergpfaden zu recht finden.

Wie sollen die Palästinenser unter derartigen Verhältnissen irgendwelche Reformen durchführen?

Wie sollen sie die Palästinensische Behörde reformieren, die durch systematisches Abwürgen ihrer Existenz beraubt wird?

Wie können „bis Ende des Jahres“ ohne einen Rückzug der israelischen Streitkräfte und eine gewisse Zusicherung ihrer Nichteinmischung Wahlen abgehalten werden?

Und was würde Präsident Bush tun, wenn die palästinensischen Wähler ihr demokratisches Wahlrecht ausüben und Präsident Jasser Arafat als ihren Führer wiederwählen würden? Würde diese demokratische Entscheidung mit einer weiteren Militärinvasion beiseite geschoben werden? Und selbst wenn „ein neuer palästinensischer Führer“ gewählt würde, wenn dieser Bushs sorgfältige Überprüfung bestehen und versuchen würde, „den Terrorismus zu bekämpfen“, wie der Präsident lauthals fordert, hätten sie dann die Garantie elementarer Voraussetzungen, unter denen sie dies auch tun könnten? Würden ihre Bemü-

hungen nicht genau wie diejenigen der gegenwärtigen palästinensischen Führung ständig durch Sharon vereitelt? Im Gazastreifen, dem einzigen Stück Land, wo die Palästinensische Behörde noch ein gewisses Maß an Kontrolle ausübt und wo sie in den letzten Tagen versucht hat, gegen Hamas vorzugehen, beginnen die israelischen Kräfte gestern die Provokation der Ermordung eines Hamas-Führers mit fünf Familienangehörigen, die zufällig mit diesem Führer in einem Taxi fuhren und die von derselben Rakete getötet wurden, die ihn tötete.

Die tiefere Ursache von Terrorismus und Selbstmordbombardierungen (oder „Mordbombardierungen“ wie der Präsident das genannt wissen wollte) wurde fast überhaupt nicht angesprochen: Die Lage junger Palästinenser unter einer zunehmend härteren Besatzung, unterdrückt und enteignet, aller Hoffnung und Aussicht auf die Zukunft beraubt, von der Welt im Stich gelassen, die an den Punkt gekommen sind, wo sie sich dazu entschließen, sich selbst in die Luft zu jagen, um irgendwelche Israelis zu töten. Ein Ende des Terrorismus ist nicht zu erwarten, ohne diesen Leuten irgendeine greifbare Hoffnung zu geben, ohne das Phänomen der Selbstmordbombardierungen an der Quelle auszutrocknen.

Präsident Bushs Rede – schrille Forderungen an die schwächere Partei des Konfliktes und nur vage politische Bitten an die stärkere Seite – trägt dazu we-

nig bei. Kein Wunder, dass Sharon ungeheure Befriedigung über die Rede äußerte – aber die beiden Völker, verstrickt in diesen schrecklichen Kampf, zahlen den Preis für die Arroganz, Kurzsichtigkeit und Entschlusslosigkeit des Bewohners des Weißen Hauses.

*Adam Keller, Sprecher von Gush Shalom
Übersetzung: Klaus von Raussendorff*

Aufruf von 58 palästinensischen Intellektuellen gegen die Selbstdordattentate

Nichts als Zerstörung und Verderben für alle Söhne der Region

In der palästinensischen Tageszeitung al-Quds erschien am 19. Juni 2002 folgender ganzseitiger Artikel:

„Aufruf – Ausgehend von unserem Gefühl nationaler Verantwortung und angesichts der Gefahren, die von der Situation, in der sich das palästinensische Volk befindet, ausgehen, wünschen wir, die Unterzeichner, dass jene, die hinter den militärischen Operationen gegen Zivilisten in Israel stehen, kritisch ihre Bilanzen begutachten und damit aufhören, unsere Jugend zu diesen Operationen anzureiben. Wir wünschen dies, weil wir als einziges Ergebnis dieser Anschläge die Verfestigung der Abneigung, der Wut und des Hasses und die Vertiefung der Kluft zwischen den beiden Völkern sehen. Sie zerstören die Möglichkeit, dass beide Völker Seite an Seite in zwei benachbarten Staaten in Frieden leben.“

Wir sehen nicht, dass diese Operationen Fortschritte bei der Realisierung unseres Projektes, das zur Freiheit und Unabhängigkeit aufruft, verwirklichen. Vielmehr stärken sie auf der anderen Seite die Reihen unter den Feinden des Friedens und bieten der aggressiven Regierung, der Sharon vorsitzt, eine Rechtfertigung, um mit seinem unbarmherzigen und brutalen Krieg fortzufahren – einem Krieg, der auf die Söhne unseres Volkes abzielt, unsere Dörfer und Städte, unsere Alten und unsere Kinder, unsere Errungenschaften und Hoffnungen und unser nationales Projekt.

Die militärischen Operationen sind nicht unabhängig von dem, was sie für die politischen Ziele erreichen, als positiv oder negativ zu beurteilen.

Dafür, diese Operationen kritisch zu betrachten, spricht auch das Wissen, dass das Drängen zu einem existentiellen Konflikt zwischen den beiden Völkern im Heiligen Land nichts als Zerstörung und Verderben für alle Söhne dieser Region bringen würde.

Für dieses Resultat sehen wir keinerlei logische, menschliche oder politische Entschuldigung.“
Sari Nussaiba, Hanan Ashrawi und zunächst 56 weitere. Inzwischen haben Hunderte den Aufruf unterzeichnet.

Parlamentswahlen in Tschechien

Die CSSD hat gesiegt, die KSCM gewonnen

Der absoluten Stimmenzahl nach haben bei den tschechischen Parlamentswahlen am 14./15. Juni die Sozialdemokraten gesiegt. Die eigentlichen Gewinner aber sind die Kommunisten – zum aufrichtigen Entsetzen nicht nur der gesamten tschechischen Rechten, sondern auch der selben Sozialdemokraten. Die Kommunistische Partei Böhmens und Mährens (KSCM) hat als einzige Partei neue Stimmen gewonnen (Zuwachs um 7,48%), alle andere Parteien hatten Verluste zu verzeichnen.

Landesweit haben die Sozialdemokraten 30,2% der Stimmen erhalten (d.h. 70 Sitze im Abgeordnetenhaus), die rechte Bürgerlich-Demokratische Partei (ODS) konnte 24,47% (58 Sitze), die KSCM 18,51% (41 Sitze) und die rechte Koalition KDU-CSL/US 14,27% (31 Sitze) auf sich vereinigen. In drei Landkreisen standen die Kommunisten sogar an erster Stelle: Tachov (an der Grenze zu Bayern: 31,02%), Znojmo (an der Grenze zu Österreich: 29,18%) und Louň (29,07%). Inwiefern die Wahlergebnisse durch die verhältnismäßig niedrige Wahlbeteiligung beeinflusst wurden ist

schwer zu beurteilen. Auf jeden Fall geben nur 58% der Wahlberechtigten ihre Stimme ab. Der langfristige Trend des politischen Desinteresses setzt sich fort.

Die tschechischen Politologen und Publizisten sind sich durchwegs einig, dass dem Wahlerfolg der Kommunisten einesseits ihr Gespür für soziale Angelegenheiten zugrunde liegt, ferner auch ihre konsequente und zugleich konstruktive Opposition im Abgeordnetenhaus sowie ihr Ruf als Partei ohne Affären und Skandale. Der bekannte Politologe und Soziologe Zdenek Zboril wies auf die Tatsache hin, dass die KSCM in den letzten Monaten konsequent gegen die Versuche einer Revision der Resultate des Zweiten Weltkriegs („Benes-Dekrete“) aufgetreten ist. Und zwar nicht mit Hilfe eines wohlfeilen Nationalismus, sondern in enger Zusammenarbeit mit der deutschen PDS.

In der neuen tschechischen Regierung werden die Kommunisten aber nach wie vor nicht vertreten sein. Die Sozialdemokraten wählen lieber die Koalition mit den rechten Parteien KDU-CSL („Christlich-Demokratische Union – Tschechische Volkspartei“) und US (Freiheitsunion). Der sozialdemokratische Parteitag von 1998 nämlich hat jede Zusammenarbeit mit Kommunisten untersagt. *Emil Hruška, Plzen (aus: Deutsch-Tschechische Nachrichten Nr. 40)*

Verbot der „Unterschriften für eine demokratische Türkei“

Die HADEP führt seit Anfang Juni eine breit angelegte Kampagne mit dem Titel „Unterschrift für eine demokratische Türkei“ durch, die bis zum 1. September andauern soll. Ziel der Unterschriftensammlung sind 5 Millionen Unterschriften. Nachdem zunächst alle Genehmigungen erteilt waren, hat das Amtsgericht Van wegen angeblicher Verstöße gegen die Einheit des Staates, das Pressegesetz und das Gesetz für politische Parteien die Unterschriftensammlung erboten. Daraufhin beschlagnahmte die Polizei in den Provinzzentralen der HADEP in Van, Diyarbakir, Ankara, Hakkari und Antep die Materialien der Kampagne.

Nach dem Verbot hat die HADEP die Unterschriftensammlung vorläufig gestoppt und eine andere Kampagne gestartet. Man werde aber weiter gegen das Verbot der ersten Kampagne juristisch vorgehen, wurde von der HADEP-Zentrale erklärt. Wegen der aktuellen politischen Bedingun-

gen der Türkei und weil man sich die Bedeutung der Kampagne vor Augen halte, habe man sich für eine weitere Kampagne entschieden. In der neuen Kampagne seien Forderungen enthalten wie z.B.:

- Beschleunigung der Anpassung an die EU
- Kampf gegen Armut und Arbeitslosigkeit
- Schutz der Arbeiterrechte
- Aufhebung der Einschränkungen von Rede- und Meinungsfreiheit
- Verlags- und Lernfreiheit für die Muttersprache
- Demokratisierung des Gesetzes für politische Parteien und Wahlen
- Unterzeichnung des Europäischen Menschenrechtsabkommens Zusatzprotokoll 6 und 13 und Aufhebung der Todesstrafe

In getrennten Erklärungen der Stellvertreter im Parteivorstand, Mahmut Sakar und Nurhayat Altun, hieß es, man habe 5 Millionen Menschen in die Debatte miteinbezogen. Das Verbot sei ein weiteres Hindernis für die Türkei auf dem Weg nach Europa. Die Öffentlichkeit solle für die Zukunft der Türkei aufmerksam sein. (*ÖP, 21/23.6., ISKU, Quelle: Nuce 60*)





Spanien. Viele Millionen Lohnabhängige beteiligten sich am 20. Juni an einem Generalstreik gegen die Umstrukturierung der Arbeitsgesetzgebung. Die meisten Fabriken standen still, der öffentliche Verkehr ruhte, Dienstleistungen und Verwaltungen waren lahmgelegt. In Madrid z.B. lag die Teilnahme bei 65-70%. Mehrere Millionen waren auf den Beinen und mussten sich dabei z.T. brutaler Polizeiattacken erwehren. – In Spanien gibt es beinahe 1,6 Mio. von der Arbeitsverwaltung registrierte Erwerbslose. Von diesen erhalten 43% keine finanzielle Unterstützung. Fast die Hälfte der übrigen erhält lediglich den Min-

destbetrag von 330 Euro/Monat. Das neue Gesetz soll die Höhe der Bezüge und die Bezugsdauer kürzen und den Zugang weiter erschweren. Die Unternehmen sollen davon befreit werden, bei Entlassungen die bisher üblichen Abfindungen von zwei Monatslöhnen zu zahlen; Kündigungsschutzmaßnahmen sollen gestrichen, Zeitarbeitsmaßnahmen und andere Formen prekärer Beschäftigung erleichtert werden. Schließlich sollen die Sonderregelungen für die Landarbeiter in den wichtigsten Zonen der Landwirtschaft – in Andalusien und der Extremadura – abgeschafft werden. (Quelle: indymedia, labournet)

Statut in Kraft – Neue Vorstoße der USA gegen den Internationalen Gerichtshof und die UNO

Nachdem die USA schon ihre Unterschrift unter das Statut des Internationalen Strafgerichtshofs zurückgezogen haben – wir berichteten –, setzen sie jetzt den UN-Sicherheitsrat unter Druck, eine Resolution zu verabschieden, in der den an friedenserhaltenden UN-Missionen beteiligten Soldaten Immunität garantiert werden soll. Das würde sie dem Zugriff des Internationalen Strafgerichtshofs entziehen. Diesen Vorstoß haben die 14 übrigen Mitglieder des Sicherheitsrates abgelehnt. Konkret haben sie abgelehnt, dass den in Bosnien im Rahmen des UN-Mandats stationierten 46 US-Soldaten Immunität verliehen wird. Die USA kündigten für den Fall, dass sie sich nicht durchsetzen, an, einer Mandatsverlängerung nicht zuzustimmen. Das Mandat für die insgesamt 1.500 Mann starke Truppe wurde deshalb auch nur um 72 Stunden verlängert. Die 17.000 Mann starke NATO-Truppe in Bosnien ist deshalb nicht betroffen, weil, wie die Neue Zürcher (1.7.) vermeldet, die Teilnehmer anders als bei UN-Missionen vor internationaler Strafverfolgung stärker geschützt seien. Bemerkenswert ist auch, dass die an der ISAF in Afghanistan beteiligten Staaten, also auch Großbritannien und die BRD, für ihre Soldaten am Jahresanfang Immunität durchgesetzt haben! Damit ist die Legitimität des Gerichtshofes weiter unterhöht, bevor er überhaupt seine Arbeit aufnimmt. Dass die USA bei ihrem Vorstoß im Sicherheitsrat dennoch mit den europäischen

Staaten dort zusammenstoßen, macht deutlich, dass es dabei nicht nur um den Gerichtshof, sondern auch um die UNO selbst geht. Die USA haben nämlich europäischen Vorschläge zurückgewiesen, UN-Missionen noch stärker rechtlich zu schützen und beispielsweise die Zuständigkeit des Internationalen Gerichtshofes für solche Missionen um 12 Monaten zu verschieben. Gibt der UN-Sicherheitsrat nicht nach, wollen die USA sich an UN-Missionen nicht mehr beteiligen; gibt er nach, verliert der Gerichtshof an Legitimität.

Auch Israel beteiligt sich am Internationalen Gerichtshof nicht

Die israelische Regierung erwägt, die bereits geleistete Unterschrift unter das Statut des Gerichtshofes zurückzuziehen. Auf keinen Fall solle das Statut in absehbarer Zeit ratifiziert werden. Die israelische Regierung hat damit den Rat des Generalstaatsanwalts Rubinstein übernommen, der in einem Brief an das Kabinett geschrieben hatte: „Wir wissen nichts über das Gericht, was die Frage betrifft, wer die Strafverfolger sein werden, wer die Richter sein werden und wie sich diese verhalten werden. Es besteht die Gefahr, dass das Gericht politisiert wird, selbst wenn manche Staaten versuchen, dies zu verhindern. Zweitens enthält das Statut von Rom einen Paragrafen, der weitgehend gegen Israel hinsichtlich der Siedlungen gerichtet ist. Der Paragraf bezieht sich auf die Ansiedlung von Menschen in besetzten Gebieten, was als Kriegsverbrechen definiert ist.“ (Quelle: Telepolis, 1.7.)

Milosevic-Prozess: Schwache Anklage

Ein Jahr nach der Entführung des früheren jugoslawischen Präsidenten Milosevic und seiner Auslieferung an das Uno-Kriegsverbrechertribunal mehrt sich die Kritik an der Chefanklägerin Del Ponte. Die äußerte im Belgrader Fernsehen ihre Zuversicht, dass der ersten Teil des „Jahrhundertprozesses“, in dem es um den Kosovo-Krieg geht, wie geplant am 26. Juli abgeschlossen wird. Doch in derselben Fernsehsendung hielt ihr der Direktor des Antikriegszentrums Belgrad vor, in den Archiven nach Beweisen gegen Milosevic geradezu „angeln“, ohne genau zu wissen, was man suche. Die von der Anklage aufgefahrenen Zeugen mit „großem Namen“, die die Hauptanklagepunkte bestätigen sollten, haben bisher nichts erbracht. Ein angeblich wichtiger „Insider“ erwies sich als verwirrt, ein anderer lehnte jede Aussage ab, ein dritter stellte sich im Nachhinein als UCK-Kommandeur heraus. Der frühere US-amerikanische Balkan-Vermittler Holbrooke will zwar aussagen, darf aber nach Beschluss der US-Regierung nur bedingt und nur unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Auf Kritik stieß auch eine vorgelegte Studie über serbischen Nationalismus, der sich in Aussagen erging wie, dass manche serbische Politiker bis vor kurzem von der Wiederherstellung des Reiches von Zar Dusan geträumt hätten. Analysen, die sich mit anderen Nationalismen auf dem Balkan und den komplexen Ursachen des Zerfalls Jugoslawiens befasst hätten, wurden dem Gericht nicht vorgelegt.

Zusammenstellung: scc

MÜNCHEN. Am 20. Juni fand in München eine Demonstration mit 250 Menschen gegen die steigende vor allem studentische Wohnungsnot statt. Ihr gingen mehrere Protestcamps vor der Universität München (GSU/LMU) und in Garching und Freising vor der Technischen Universität (TUM) voraus. Die von den Veranstaltern erwarteten „mehrere tausend Teilnehmer“ sind leider nicht gekommen, obwohl studentische Wohnungsnot und Studiengebühren die gleichen Auswirkungen haben: soziale Selektion im Bildungsbereich. TU-Präsident Herrmann versuchte in seiner Rede den Studierenden sein neuestes Projekt „Privates Studentenwohnheim“ zu verkaufen, für welches er schon einen „Sponsor“ an der Hand hätte, bisher fehle lediglich das Grundstück. Sollte nicht statt so einer Privatisierung das öffentl. Studentenwerk durch die bayerische Staatsregierung finanziell gestärkt werden? www.indymedia.de



Flüchtlingsrat fordert Abschaffung der Chipkarte – Aktionstag am 5.07.

BERLIN. Am 30. Juni 2002 wird der Vertrag des Landes Berlin mit der Firma Sodexho zur Anwendung der Chipkarte (Infracard) als Leistungsform für ca. 3000 Asylbewerber um ein weiteres Jahr verlängert. Somit können die betroffenen Flüchtlinge auch künftig mit der von dem französischen Unternehmen geschaffenen Chipkarte nur in ausgewählten (ca. 80 Geschäften) in Berlin einkaufen. Diese sind in einigen Bezirken nur mit den öffentlichen Verkehrsmitteln zu erreichen und nicht in unmittelbarer Nähe der Wohnheime gelegen. Die Flüchtlinge können mit der Chipkarte nicht in den Genuss von Sonderangeboten kommen oder Schulmaterial für ihre Kinder kaufen, ganz zu schweigen von Anwaltsgebühren, die bei der Vertretung in Asylverfahren fällig werden. Die betroffenen Flüchtlinge verfügen letztlich nur über den absurd niedrigen Betrag von 1,33 Euro/Person/Tag.

Am 5. Juli 2002 ruft die Initiative gegen das Chipkartensystem zu einem Antirassistischen Aktionstag auf. Auf einer Protestkundgebung vor der Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales soll der Senatorin, Frau Knaake-Werner, die „Antirassistische Rote Karte“ verliehen werden.

Der Flüchtlingsrat hofft, dass die öffentlichen Proteste zur Abschaffung des Chipkartensystems führen. Dafür bietet der Beschluss des Abgeordnetenhauses zur Zustimmung des Landes Berlin zum Zuwanderungsgesetz (März 2002) eine tragfähige Grundlage, da dieser die bisherige Gewährung von Sachleistungen auf den Prüfstand stellt. Mit der Abschaffung der Chipkarte kann auch wichtiges politisches Signal in Richtung der Bezirke gegeben werden, die für den größeren Teil der in Berlin lebenden Flüchtlin-

ge zuständig sind. Der bereits von der Senatorin bekundete politische Wille zur Abschaffung der Chipkarte sollte möglichst bald praktische Auswirkungen zeigen. www.fluechtlingsinfo-berlin.de

Abschiebegegner protestieren auf Lufthansa-Hauptversammlung

KÖLN. Gegen das Geschäft mit Abschiebungen protestierten AktivistInnen von „kein mensch ist illegal“ am 19. Juni auf der Aktionärsversammlung der Lufthansa AG. Vor dem Eingang zur Kölnarena begrüßten „FlugbegleiterInnen gegen Abschiebungen“ die Lufthansa-Aktionäre mit Sekt und Selters und informierten über den Widerstand gegen Abschiebungen in der deportation.class. Während der Hauptversammlung sorgten mehrere Dutzend AktivistInnen mit Sprechchören und Transparenten für Turbulenzen. „Abschiebungen ein Mordsgeschäft“ – hieß auf einem der Spruchbänder. Der Lufthansavorstand Jürgen Weber musste seine Rede mehrfach unterbrechen. Das Sicherheitspersonal warf die Protestierenden aus dem Saal und ging dabei mit äußerster Brutalität vor. Während der Aussprache griffen Kritische Aktionäre in ihren Redebeiträgen die Geschäftsleitung an und forderten den sofortigen Stopp von Abschiebungen. www.deportationclass.com

Bild: www.arbeiterfotografie.com



Aktion bei Fraport: Ausbau des Frankfurter Flughafens stoppen

FRANKFURT-HOECHST. Robin Wood-AktivistInnen haben am 26. Juni während der Hauptversammlung der Betreibergesellschaft des Frankfurter Flughafens Fraport gegen den geplanten Ausbau des Frankfurter Flughafens protestiert. Sie forderten, den Frankfurter Flughafen nicht auszubauen, die Zahl der Flugbewegungen zu deckeln und nächtliche Flüge zwischen 22 und sechs Uhr zu verbieten. „Der Frankfurter Flughafen entwickelt sich zum Nachtflug-Eldorado und zum Schauplatz für scheinbar grenzenloses Wachstum im Luftverkehr. Die Unternehmensbilanzen verschweigen, wie viele Menschen der Fluglärm krank gemacht hat, wie viele Flächen zerstört und wie sehr der Treibhauseffekt verstärkt wurde“, erklärte Robin Wood-Verkehrsexpertin Steffi Barisch.

www.umwelt.org/robin-wood/german

Demonstration gegen Bundeswehr-Gelöbnisfeier am 20. Juli

DRESDEN, BERLIN. Die Studierendenschaft der EHS Dresden (Evang. Hochschule für Soziale Arbeit) hat auf ihrer Vollversammlung am 26. Juni 2002 den Aufruf „Gelöbnix6 – Wir stören gern!“ unterzeichnet und stellt sich damit hinter die Proteste gegen das öffentliche Bundeswehrgelöbnis in Berlin. Mit einer knappen Mehrheit der Stimmen wurde erstmals ein formales Zeichen gegen Militär und Krieg von den Studierenden gesetzt. Diese Entscheidung wird sicher noch einige Diskussionen in der Studierendenschaft auslösen. Die Forderungen in dem Aufruf lauten: „Das Militär aus dem Gleichschritt bringen! Kein Gelöbnis am 20. Juli! Keine Auslandseinsätze! Auflösung der Bundeswehr!“ Demonstration am 20. Juli ab U/S-Bahnhof Friedrichstrasse. Weitere Informationen: Homepage Gelöbnix: www.geloebnix.de. www.ehs-asta.de

Projekt „Rechtsextreme Internetseiten“ an Gothaer Schulen

GOTHA. Am 11. Juni fanden im Arnold-Gymnasium und in der Herzog-Ernst-Gesamtschule zwei Projektveranstaltungen zum Thema „Rechtsextreme Internetseiten“ statt. Dazu hatte das Aktionsbündnis gegen rechte Gewalt als Referenten Herrn Parker eingeladen, welcher beim Jüdischen Onlinedienst „haGalil“ zuständig ist für die Bekämpfung von Rechtsextremismus.

Nachdem er einige Hintergrundinformationen zur Struktur des Internets vermittelt hatte, zeigte er die Untauglichkeit vieler immer wieder von staatlichen Stellen unternommener Versuche, diesem Problem mit Filtersoftware und Sperrenungen Herr zu werden. Statt über die Unmöglichkeit von internationaler Netzüberwachung zu lamentieren, beweist „haGalil“, wie man trotzdem erfolgreich handeln kann: selbst diese Themen aufgreifen und sachliche Information dazu anbieten, hundert Seiten gegen eine Nazi-Seite. So wird gewährleistet, dass der Suchende eine Fülle interessanter Informationen erhält, wenn er Schlagworte wie „Judentum“ oder „Talmud“ in die Suchmaschine eingibt, und Hetz-Seiten weit abgeschlagen auf hinteren Plätzen



landen. Außerdem hat jeder, der auf kunstvoll arrangierte Argumentationslinien der Nazi-Ideologie im Netz stößt die Chance, den dort vorgebrachten Argumenten auf den Grund zu gehen und sich aus erster Hand zu fraglichen Sachverhalten zu informieren.

Sehr wichtig war auch die Antwort auf die Frage, ob es denn nicht legitim wäre, im Rahmen der freien Meinungsäußerung rechtsextremes Gedankengut zu tolerieren, anstatt es mit allen möglichen Mitteln zu bekämpfen: Kern aller faschistischen Ideologien ist die These, dass nicht alle Menschen gleich Wert sind. Man macht immer einen Unterschied zwischen Menschen mit höherem Wert, etwa die deutsche Nationalität oder die arische Rasse, und Menschen mit geringerem Wert, etwa Ausländer, Farbige, Juden oder gesellschaftliche Randgruppen, wie Lesben und Schwule usw. Es bleibt aber nicht bei einer theoretischen Wertschätzung, sondern auf Worte folgen Taten. Diskriminierung, Unmenschlichkeit und gewaltsame Übergriffe sind die Folge. Deswegen sind solche Ideologien so gefährlich, Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen!

www.gotha-gegen-rechts.de



Stadtrat stimmt für Erbbaupachtvertrag mit Zittauer Neonaziverein

Am Donnerstag den 20.06.02 stimmte der Zittauer Stadtrat, genauer gesagt die Fraktionen der CDU und der Freien Wähler, für einen Antrag der Zittauer CDU-Stadtratsfraktion über ein 12-jähriges Erbbaupachtverhältnis mit dem Neonaziverein Nationaler Jugendblock e.V. (NJB). Die drei Anwesenden Neonazis des NJB, darunter auch der NJB-Mitbegründer Robert Pech, durften sich nach der Entscheidung freuen.

Die Befürworter, wie der CDU-Abgeordnete Andreas Johne, hatte nur bedingt Argumente für ein Weiterbestehen der Südstraße 8 mit Erbbaupachtvertrag. So führte er an, dass die Ereignisse in Erfurt eine Warnung sein sollten und dass man möglichst schnell mit einer Integrierung beginnen sollte. Diese Aussagen stießen auf heftige Kritik, da der Vergleich einfach aus der Luft geholt war und völlig haltlos und verharmlosend ist. In diesem Zusammenhang wird immer wieder von Extremismus gesprochen, doch man muss die Sachen beim Namen nennen, es geht hier immerhin um aktive Neonazis.

Den besten Eindruck vermittelte der SPD-Stadtrat Klaus Zimmermann, der die Eigeninitiative Lessing, die sich nach dem Umzug des Neonazivereins in die Lessingstraße gründete, auf heftigste kritisierte. Nach Ansicht des SPD-Abgeordneten stellt diese eine neue Qualität der Akzeptanz gegenüber Neonazistrukturen dar. Er teilte in einem Schreiben mit, dass dadurch ein Ruck durch Zittau geht und zwar ein einziger Rechtsruck, wenn jetzt selbst Bürgerinitiativen für einen Neonaziverein gebildet werden. Klaus Zimmermann verlangte daher eine Ablehnung des Antrags der CDU und verlangte, dass Exekutivorgane wie Polizei und Ordnungsamt sich nicht mehr von den Neonazis einschüchtern lassen sollten. Er berichtete von solchen und ähnlichen Fällen.

Die Abgeordneten von CDU und Freien Wähler wollten die Entscheidung so schnell wie möglich hinter sich bringen, da wird dort angefangen, wo man die letzten 10 Jahre nie aufgehört hat. Die praktische Unterstützung einer rassisti-

schen und rechtsextremistischen Vereinigung. Der Diskussionsprozess wurde von Seiten der CDU und der Freien Wähler nie als Chance angesehen, eher fühlte man sich selber als Opfer, angegriffen und verunglimpt durch Medienberichterstattung, die Zittau berechtigterweise durch den Umgang mit den Neonazis kritisierten.

Doch kann das Spektakel noch etwas länger andauern, da der Oberbürgermeister Arnd Voigt (Freie Wähler), die Möglichkeit besitzt, ein Veto gegen den Beschluss einzulegen. Der Antrag müsste demzufolge noch einmal im Stadtrat verhandelt werden. Voigt, der zwar den Freien Wählern angehört, lehnt seit kurzem jedoch jegliches Miet- oder Pachtverhältnis mit dem NJB ab.

NJB-Aufmarsch am 6.07.02

Das alljährliche Trauern hat schon traditionelle Züge, in diesem Jahr dürfte über die selbstverordnete Trauer zum 10. Todestag des Neonazis Holger Müllers die Freude über den Sieg gegenüber der Stadt Zittau überwiegen. Somit können sich die Neonazis selber auf die Schultern klopfen, da sie durch einen massiven Aufmarsch am 27.04.02, mit dem Schlachtruf „NJB – Wir sind die Macht!“, wohl die CDU dazu ermutigt haben, einen schnelleren Weg einzuschlagen. Als direkte Folge des Aufmarsches hatte die sog. Eigeninitiative Lessing die Bemühungen für den NJB massiv intensiviert. Für den sog. Holger-Müller-Gedenkmarsch wird bundesweit im Internet geworben, es ist mit einer TeilnehmerInnenzahl von bis zu 200 Neonazis zu rechnen. Civilcourage leider Fehlanzeige.

Prozess gegen Zittauer Neonazi

Am 20.06.02 wurde auch der Prozess gegen den Zittauer Neonazi Denis Haschke fortgesetzt. Er ist wegen versuchten Mordes angeklagt. Er überfiel am 2.11.2001 zusammen mit weiteren Neonazis einen alternativen Jugendclub in Zittau und bedrohte mehrere Menschen mit einer Axt. Während des Prozesstages kam heraus, dass Haschke die Axt, sowie einen Totschläger, Reizgas und ein Messer extra von zuhause geholt hatte. Keiner der Neonazis wunderte sich damals darüber, sie teilten die Waffen sogar untereinander auf. Die Neonazis, die keine der besagten Waffen abbekamen, beschafften sich auf dem Weg zum Jugendclub Eisenstangen.

Es wird deutlich, dass es zu keinem Zeitpunkt um die Belange und den Schutz der Opfer geht. Mit Lichterketten, Lippenbekennissen und beleidigtem Zurückweisen berechtigter Verdachte soll nur rasch der gute Ruf der Kommune verteidigt werden, wirtschaftliche Standortqualitäten des von meist zweistelligen Arbeitslosenzahlen belasteten Tatortes werden betont.

AG-Zittau – Gegen die Normalisierung rechter Gewalt. – <http://lola.d-a-s-h.org/~zittau/ostsachseninfos>

Das ausgewiesene Ziel der Pisa-Studie war „*Basiskompetenzen zu erfassen, die in modernen Gesellschaften für eine befriedigende Lebensführung in persönlicher und wirtschaftlicher Hinsicht sowie für eine aktive Teilnahme am gesellschaftlichen Leben notwendig sind.*“¹ (s.a. Tabelle²). Das Ergebnis der Studie stellt dann auch eine Rangordnung her, die, anders als im schulischen Alltag die politischen Körperschaften fordert. Denn sie definieren ja Schulpflicht und Schulsystem, stellen die Mittel bereit, setzen Lehrpläne fest. Aber eben nicht nur sie. Pisa geht von einem Komplex der Bedingungen schulischer Leistungen aus (s.a. Schaubild³). Die Pisa-Debatte kann als Zeichen für ein Unbehagen am Bildungssystem verstanden werden. Wird sie nach dem „Es wie in ... machen“ Muster geführt, bleibt sie hilflos.

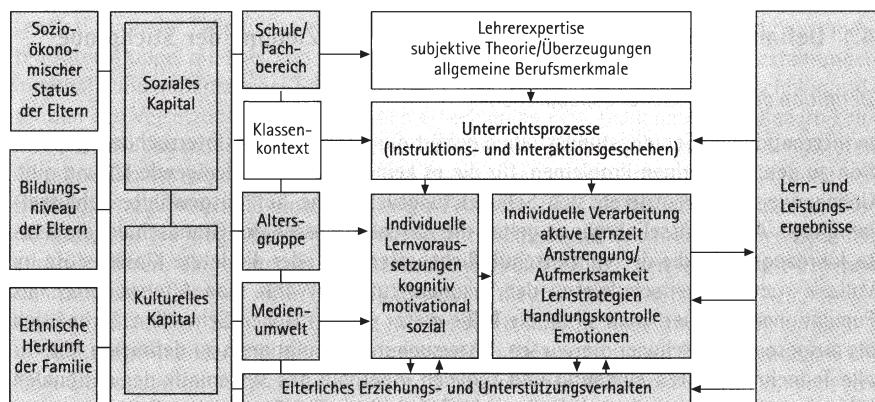
Aussichtsreicher wäre wohl, zu diskutieren, was der Ansatz „Basiskompetenzen“ leistet und ob das angenommene Raster der Bedingungen zutrifft. – Ein Mangel dürfte sein, dass der Bezug zur beruflichen Bildung nicht ausgedeutet wird, ein anderer, dass der Erfolg der schulischen Einrichtungen wohl auch mit der Perspektive zu tun hat, die die Gesellschaft bietet.

Die GEW, die sich angesichts der parteipolitisch aufgeladenen Vergleichsdiskussion verzweifelt bemüht, in pädagogisches Fahrwasser zurückzugelangen, hebt in ihrer Stellungnahme darauf ab, dass die gezielt selektiven Ansätze, für die das Bundesland Bayern steht, keineswegs als einzige erfolgversprechende begriffen werden dürfen. *maf*

Abbildung 1.2: Zusammenfassende Darstellung der PISA-Dimensionen

Bereich	Lesekompetenz	Mathematische Grundbildung	Naturwissenschaftliche Grundbildung
Definition	Geschriebene Texte zu verstehen, zu nutzen und über sie zu reflektieren, um eigene Ziele zu erreichen, das eigene Wissen und Potenzial weiterzuentwickeln und am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen.	Die Rolle zu erkennen und zu verstehen, die die Mathematik in der Welt spielt, fundierte mathematische Urteile abzugeben und sich auf eine Weise mit der Mathematik zu befassen, die den Anforderungen des gegenwärtigen und künftigen Lebens einer Person als konstruktivem, engagiertem und reflektierendem Bürger entspricht.	Naturwissenschaftliches Wissen anzuwenden, naturwissenschaftliche Fragen zu erkennen und aus Belegen Schlussfolgerungen zu ziehen, um Entscheidungen zu verstehen und zu treffen, die die natürliche Welt und die durch menschliches Handeln an ihr vorgenommenen Veränderungen betreffen.

Abbildung 1.3: Bedingungen schulischer Leistungen – Allgemeines Rahmenmodell



Nach Haertel, Walberg und Weinstein (1983), Wang, Haertel und Walberg (1993) und Helmke und Weinert (1997).

¹ PISA 2000, Deutsches PISA-Konsortium (Hrsg.), S. 29, Leske + Budrich, Opladen, 2001, ISBN 3-8100-3344-8

² ebd. S. 23, abgebildet ist nur der Teil „Definitionen“

³ ebd. S. 33, grau unterlegt die durch PISA berücksichtigten Bedingungen

Eine vorläufige Analyse der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft

PISA-E: Ergebnisse auf den ersten und den zweiten Blick

26. Juni 2002. Der Wert der PISA-Studien liegt in drei Aspekten:

- Die Studien forcieren die längst überfällige bildungspolitische Diskussion.
- Sie ermöglichen einen Wechsel von der Ideologie zur Empirie in der Schulpolitik.
- Sie rücken Qualität und Chancengleichheit ins Zentrum. Seit PISA International ist klar: Hohe Qualität und Chancengleichheit schließen sich nicht aus, sondern können sich gegenseitig unterstützen. Nur in Deutschland werden Leistung und Selektion noch gleich gesetzt.

Das Fatale ist: Die Ergebnisse der PISA-E-Studie fallen mitten in den Bundestagswahlkampf des Jahres 2002 und sind in der Ge-

fahr, als Wahlkampfmunition missbraucht und zerredet zu werden. Selbstkritische Analysen drohen unterzugehen, falsche Konsequenzen werden gezogen und in bildungspolitischen Grundfragen bleibt dann alles beim Alten. Einer solchen Entwicklung will die GEW entgegen treten. Wir halten eine grundsätzliche Bildungsreform für notwendig. Diese Reform muss von einem breiten gesellschaftlichen Konsens getragen sein und in gesamtstaatlicher Verantwortung durchgeführt werden. Nachfolgend werden einige voreilige Schlussfolgerungen kommentiert, die von den Wahlkämpfern bereits gezogen wurden, bevor die Ergebnisse überhaupt bekannt waren.

oder doch in einem oder zwei. Alle übrigen Bundesländer sind OECD-Mittelmaß und schlechter.

Fakt ist: Substanziell verbessern kann sich Deutschland nur, wenn es sich an internationalen Entwicklungen z.B. in Finnland, Kanada und Schweden orientiert und sich nicht in kleinkariert provinzieller Nabelschau ergeht. Kurieren an Symptomen ist zu wenig. Das bayerische Schulsystem taugt wegen seiner hohen sozialen Selektivität und geringen Abiturquoten nicht als Zukunftsmodell. Das fordert die GEW: Das Schulsystem insgesamt muss auf den Prüfstand. Alle müssen bereit sein, heilige Kühe zu schlachten. Deutschland muss sich an internationalen üblichen Schulmodellen und pädagogischen Standards orientieren. Das heißt: Die Potenziale aller jungen Menschen müssen entwickelt und herausgefördert werden, ohne Benachteiligung durch die soziale oder ethnische Herkunft. Wir brauchen hohe Leistungsqualität bei einem Höchstmaß verwirklichter Chancengleichheit. Mindestens 45

internationalen ersten Drittels. Europäische Nachbarn wie Finnland, Großbritannien, Schweden, Belgien, Schweiz und Frankreich, große außereuropäische Industriestaaten wie Kanada, Australien, Japan, Korea und Neuseeland liegen entweder in allen drei getesteten Gebieten vor Bayern und Baden-Württemberg

Prozent eines Altersjahrgangs müssen die Hochschulreife erwerben – wie international bereits heute üblich. Die Zahl der Jugendlichen ohne Schulabschluss muss kontinuierlich – ohne Qualitätsverlust – reduziert werden.

Behauptung:

Frühe Selektion und gegliedertes Schulwesen haben sich bewährt

Weder die internationale noch die nationale PISA-Studie lassen kausale Rückschlüsse vom Schulsystem auf Schülerleistungen zu. Die Behauptung, der deutsche Sonderweg der frühen Leistungsselektion habe sich gegenüber integrierten Systemen als überlegen erwiesen, ist durch PISA widerlegt.

Fakt ist: Es gibt in Deutschland zwar 16 mehr oder weniger unterschiedliche Schulsysteme – aber ein Bundesland mit einem voll integrierten Schulsystem wie es in den skandinavischen Ländern üblich ist, ist nicht dabei. Es gibt allenfalls neben der klassischen Form des gegliederten Schulwesens aus Hauptschule / Realschule / Gymnasium / Sonderschule Bundesländer mit einem kleineren oder größeren Gesamtschulanteil. Eine Ausnahme bilden Sachsen und Thüringen, die das österreichische Modell der Zweiggliedrigkeit (plus Sonderschulen) gewählt haben (...).

Die Behauptung, das deutsche Schulsystem fördere „begabungsgerecht“, hat sich als Ideologie und Wunschenken entpuppt. Die frühe Aufteilung der Kinder in unterschiedliche Leistungsgruppen und Schulformen hat vielmehr dazu geführt,

- dass Deutschland die größte Leistungsspreizung zwischen dem oberen und unteren Leistungsviertel aufweist,
- dass in der Spalte Mittelmaß, im unteren Leistungsbereich Besorgnis erregende Verhältnisse herrschen und
- dass zudem die stärkste Abhängigkeit des Kompetenzniveaus von sozialer und ethnischer Herkunft besteht.

Das fordert die GEW: Eine neue Lehr- und Lernkultur erfordert einen neuen gesellschaftlichen Grundkonsens, der an die Stelle des Sortierens und Aussonders die individuelle Förderung eines jeden jungen Menschen setzt und seine Leistungsbereitschaft herausfordert. Dies in einem auf Selektion angelegten Schulsystem einzuleiten, wird die große pädagogische Herausforderung der nächsten Zeit sein.

Gemeinsame Standards und Vergleichsarbeiten können nur dann als Instrumente zur Diagnose und Orientierung bei der Schul- und Qualitätsentwicklung dienen, wenn sie nicht zur Selektion missbraucht werden.

Behauptung:

Die unionsgeführten Länder schneiden generell besser ab

Wenn es keine gravierenden Systemunterschiede zwischen den Bundesländern gibt, müssen andere Faktoren die

Unterschiede erklären. Ganz besonders einfach machen es sich die konservativen Wahlkämpfer, die das tendenziell bessere Abschneiden von Bayern umstandslos auf alle unionsregierten Länder verallgemeinern und auf ihre Parteipolitik zurückführen.

Fakt ist: Bei genauerem Hinsehen ist das Bild sehr viel differenzierter. Schon beim einfachen Ranking auf der Basis von Mittelwerten liegen Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein vielfach vor unionsregierten Ländern. So beim Leseverständnis Rheinland-Pfalz, bei mathematischer Kompetenz Schleswig-Holstein und bei den Naturwissenschaften wiederum Rheinland-Pfalz. Beim Gymnasialvergleich – hierauf wird noch gesondert eingegangen – ist das Bild völlig anders. Hier finden sich unter den ersten sieben leistungsgleichen Ländern vier sozialdemokratisch regierte Bundesländer.

Insgesamt – so betont die Studie auf S. 225 – seien „die Unterschiede zwischen den Ländern hinsichtlich des erreichten mittleren Kompetenzniveaus ... in einem breiten Mittelbereich gering bis praktisch unbedeutend.“

Zur Interpretation der Leistungsunterschiede ist der Verweis auf die verschiedenen Einflussfaktoren auf das schulische Geschehen von großer Bedeutung: demografische Entwicklung, ethnische Zusammensetzung, Sozialstruktur, Urbanisierungsgrad, Wirtschaftskraft, Arbeitsmarkt, Bildungsausgaben, Unterrichtsvolumen, Wertschätzung von Bildung ... (S. 119)

Bei einer Reihe dieser Faktoren ist in Bayern so etwa wie „heile Welt“ anzutreffen: Dort gibt es die bundesweit geringsten Arbeitslosenzahlen und Sozialhilfeempfänger, die unter den Flächenländern bundesweit höchsten Bildungsausgaben und das höchste Unterrichtsvolumen ... (nähere Angaben siehe PISA-Broschüre S. 68 bis 83).

Das fordert die GEW: Statt parteipolitischer Instrumentalisierung der PISA-Daten werden vertiefende Analysen gebraucht mit dem Ziel, Zusammenhänge so aufzuklären, dass sie für die Praxis wirksam werden können.

Behauptung:

Bayern und Baden-Württemberg liegen durchweg an der Spitze

Vor allem das vergleichsweise gute Abschneiden Bayerns soll nicht klein geredet werden und muss gerade auch von der GEW genau analysiert werden. Aber die generelle Aussage, Bayern und Baden-Württemberg nähmen durchweg Spitzenplätze ein, stimmt schlüssig nicht – und zwar an einem gerade für Bayern sehr sensiblen Punkt – nämlich im Bereich der gymnasialen Bildung. Wir haben den vielleicht kuriosen Befund, dass ausgerechnet das hoch selektive bayrische Gymnasium Konkurrenz von sozialdemokratisch regierten Ländern bekommt, die gerne als der Kuschelpädagogik huldigend verdächtigt werden.

(*Fakt ist: ... Das fordert die GEW: ...*)

Behauptung:

Zentrale Prüfungen führen zu mehr Leistung

Dem Zentralabitur wird seitens der unionsregierten Länder und großen Teilen der Öffentlichkeit eine per se leistungssteigernde Wirkung zugeschrieben.

Fakt ist: Wie schon bei der TIMS-Oberstufenstudie zeigt sich auch bei PISA, dass diese These nicht haltbar ist. In allen Bereichen des Gymnasialvergleichs findet sich ein Land mit und ohne zentrale Prüfung auf den ersten beiden Plätzen (Leseverständnis und Mathematik: Bayern vor Schleswig-Holstein; Naturwissenschaften: Schleswig-Holstein vor Baden-Württemberg).

Das fordert die GEW: Den Streit um zentrale Prüfungen beenden. Sie sind kein Allheilmittel. Stattdessen Einigung auf einheitliche Ziele und Standards auch für den Abschluss der Sekundarstufe I.

Behauptung:

Bayern schafft gute Leistungen ohne soziale Auslese

Es ist richtig: Der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Kompetenzniveau ist in Bayern schwächer ausgeprägt als in anderen Bundesländern. Allerdings schlägt sich das nicht in der gymnasialen Bildungsbeteiligung nieder. Im Gegenteil: Kinder aus Migrantenumfamilien und aus prekären sozialen Verhältnissen können ihr gutes Kompetenzniveau in Bayern nur ungleich schwerer als in anderen Bundesländern in hochwertige Schulabschlüsse umsetzen.

Fakt ist: Der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Gymnasialbesuch ist in Bayern besonders eng (im Gegensatz zu den ostdeutschen Ländern und abgeschwächt auch zu der Mehrzahl der westlichen Bundesländer). Die PISA-Studie zeigt, dass Kinder von Akademiker-Eltern in Bayern statistisch eine 10,5 mal höhere Chance als Kinder aus Facharbeiterfamilien haben, ein Gymnasium zu besuchen. In den übrigen Bundesländern liegt die Chancenrelation zwischen 3,1 (Sachsen) und 9,14 (Rheinland-Pfalz). (S. 166)

Das empfiehlt die GEW: Zentrale Aufgabe von Schulpolitik und schulischer Praxis muss es sein, soziale Herkunft, Kompetenzniveau und Bildungsabschluss zu entkoppeln. Orientierende Vergleiche können dabei helfen, die Entscheidungen der Eltern sowie die Empfehlungspraxis der Lehrkräfte ein Stück weit objektiver zu gestalten.

Behauptung:

In Bayern gelingt die Integration von Ausländern besser

Auch hier wieder. Es stimmt. Ausländische Jugendliche erreichen in Bayern ein deutlich höheres Kompetenzniveau als in anderen Bundesländern. Bayern hat also Grund, auf „seine Ausländer“ stolz zu sein und könnte infolge dessen einer li-

→ beraleren Einwanderungspolitik gelassen entgegen sehen.

Fakt ist: Im Vergleich zu Bremen (40,7%), Hessen (32,7%), Nordrhein-Westfalen (32,2%) und Baden-Württemberg (28,8%) hat Bayern unter den westlichen Bundesländern mit 22,4 Prozent einen vergleichsweise moderaten Anteil 15-Jähriger mit Migrationshintergrund schulisch zu versorgen (S. 190), die aufgrund verschiedener Merkmale zudem als unproblematischer gelten als die vergleichbaren Gruppen in Nordrhein-Westfalen oder Hessen. Bei einer gesonderten Betrachtung der Schülergruppen mit und ohne Migranten zeigt sich, dass sich zum Beispiel beim Leseverständnis die Plätze erheblich verschieben und Länder wie Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen nach vorn rücken, während Sachsen und Thüringen auf hintere Plätze rutschen.

Die GEW empfiehlt: Die Sprachförderung der Kinder mit Migrationshintergrund muss zentrale Bedeutung erhalten. Es müssen Wege gefunden werden, um Bundesländer mit hohen Migrantanteilen (und sozialen Belastungen) finanziell besonders zu unterstützen.

Resümee

In Anlehnung an die Analyse von Prof. Klemm lässt sich das vorher Gesagte folgendermaßen zusammenfassen:

1. Die vermeintliche Dominanz der unionsgeführten Länder schrumpft zusammen, wenn man berücksichtigt, dass die sozialen, kulturellen und ethnischen Ausgangslagen sowie die schulischen Rahmenbedingungen von Land zu Land stark differieren und in der Regel zu Gunsten Bayerns und Baden-Württembergs ausfallen.

2. Viele sozialdemokratisch regierte Länder haben kein Problem, eine gymnasiale Leistungselite hervorzubringen. Das hartnäckig gepflegte Vorurteil von der leistungsorientierten Unionspädagogik und der leistungsverweigernden linken Kuschelpädagogik entbehrt jeder empirischen Grundlage. Erneut zeigt sich vielmehr, dass eine Verbreiterung der Bildungsbeteiligung im Gymnasium nicht zu Einbußen in der Leistungsspitze führt.

3. Einige Länder – überwiegend sozialdemokratisch geprägte, aber auch Baden-Württemberg – sind bei der Schulbildung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund besonders gefordert.

Es sind in der Regel zudem Länder, die in Folge des industriellen Strukturwandels besondere wirtschaftliche und soziale Probleme zu bewältigen haben.

4. Die niedrige Bildungsbeteiligung in Bayern, die sich auch in einer niedrigen Abiturientenquote von nur 20% ausdrückt (zum Vergleich Hessen mit 30%), geht einher mit der höchsten sozialen Selektivität in Bezug auf höherwertige Schulabschlüsse.

Quelle: www.gew.de

Stadtverordnete gegen Gutscheine:

COTTBUS. Am 26.06.02 forderte die Cottbuser Stadtverordnetenversammlung mit absoluter Mehrheit (zwei Gegenstimmen) die Aufhebung des diskriminierenden Sachleistungsprinzips für Asylbewerber/innen. In dem durch die Aktion „Bargeld statt Gutscheine“ und den Sozialausschuss der Stadt initiierten Antrag fordern die Stadtverordneten die Landesregierung auf, den landesweit „geltenden Runderlass zur Durchführung des Asylbewerberleistungsgesetzes dahin gehend zu ändern, dass die gesetzlichen Möglichkeiten ausgeschöpft werden, um die Gewährung von Geldleistungen zu ermöglichen“. Darüber hinaus wurde in diesem Beschluss „eine Initiative zur bundesweiten Abschaffung des Sachleistungsprinzips“ von Seiten der Landesregierung eingefordert. Mit diesem Antrag, der mit ähnlichem Wortlaut bereits von der Stadt Potsdam und den Landkreisen Potsdam-Mittelmark und Uckermark verabschiedet wurde, bekundet die Stadt, dass die Gutscheinregelung einer schnellstmöglichen Aufhebung bedarf.

Die Cottbuser Aktion „Bargeld statt Gutscheine“ begrüßt den Beschluss, will aber gleichzeitig darauf hinweisen, dass aus diesem noch keine konkrete Verbesserung für die hier lebenden Flüchtlinge resultiert: „Wir haben es uns daher zur Aufgabe gemacht, diesem symbolischen Akt eine praktische Hilfe folgen zu lassen. So lange noch Gutscheine (pauschal) ausgegeben werden, versuchen wir, so viele wie möglich von diesen aufzukaufen und damit selbst einzukaufen zu gehen. Wir bieten jedem Cottbuser Bürger die Möglichkeit, dies zu tun und damit praktisch gegen diese Diskriminierung von Flüchtlingen Stellung zu beziehen.“ – Mehr zur Aktion „Bargeld statt Gutscheine“ unter www.asncottbus.org

www.inforiot.de

Rat segnet US-Leasing fürs Kanalnetz ab: ESSEN. Zum dritten Mal hat der Rat am 26.06.02 seinen Segen zu einem US-Leasing-Geschäft gegeben. Nach der Messe Essen und dem kompletten Schienennetz der Stadt will die Verwaltungsspitze nun das Kanalnetz Essens vermieten. Grüne und PDS stimmten dagegen. PDS-Ratsfrau Giesecke dazu: „Schlag auf Schlag geht es jetzt. Über das letzte Geschäft – Schienennetz – ist dem Rat noch nicht einmal abschließend berichtet worden, da wird schon das nächste geplant.“ Dabei liegt das Volumen diesmal mit 791 Mio. bis 1,32 Milliarden Euro und einem Erlös zwischen 41,1 und 68,6 Mio. Euro für die Stadt noch über den letzten Geschäften. Die Regie ist stets die gleiche: Kurzfristige Informationen, schon im Juli soll ein US-Gutachter aktiv werden, aber ein Investor wird den Stadträten nicht genannt. Der Ausverkauf der Stadt muss durch

den Stadtrat bestätigt werden, der aber nicht ernsthaft in der Lage ist, das Geschäft zu prüfen.

Selbst auf die Einsichtnahme in die Verträge verzichtet die Stadtratsmehrheit bisher. Anträge der PDS wurden abgelehnt.“ www.pds-essen-im-rat.de

„Eltern entscheiden selbst über Kindergarten-Besuch“:

BERLIN. Der Deutsche Städetag begrüßt grundsätzlich die Ankündigung des Bundeskanzlers, ein vom Bund finanziell gut ausgestattetes Programm zur vorschulischen Bildung aufzulegen. Anders als bei der Schule liege jedoch die Entscheidung bei den Eltern, ob ihr Kind nicht nur zu Hause, sondern auch im Kindergarten erzogen werden solle. Das werde man bei Konzepten zur vorschulischen Bildung bedenken müssen.“ Außerdem muss nach Auffassung der Städte die Finanzierung der Kinderbetreuung zwischen Bund, Ländern und Kommunen insgesamt neu geordnet werden. Bund und Länder müssen sich dauerhaft an dieser Aufgabe beteiligen. Nur dann kann auch die Kinderbetreuung für unter Dreijährige ausgebaut werden, damit Eltern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtert wird.“ www.staedtetag.de

Kommunale Finanzreform:

BERLIN. Die Kommunen können offenbar nicht mit einer grundlegenden Reform des todkranken Gemeindefinanzierungssystems in der Bundesrepublik rechnen. Das wird aus den Stellungnahmen der Experten deutlich, die am 15. Juni 2002 auf Einladung der PDS-Bundestagsfraktion zum Thema „Kommunalfinanzen reformieren – kommunale Unternehmenssteuer modernisieren“ mit rund 60 Gästen diskutierten. Allein mit der Vorgabe Finanzminister Eichels an die Kommission, absolut keine Aufkommens- und Lastenverschiebungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen zuzulassen, kann kein müder Euro zusätzlich in die kommunalen Kassen kommen. Wie beim Vorschlag des Bundesverbandes der Deutschen Industrie zur Abschaffung der Gewerbesteuer zugunsten eines kommunalen Zuschlagsrechts auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer. Unterm Strich würden dabei die Arbeitnehmer zur Finanzierung der kommunalen Infrastruktur mit herangezogen werden, Großkonzerne aber entlastet. Dass es auch anders geht, zeigt das Beispiel Frankreich. Die Kommunen haben dort durch die Dezentralisierungsgesetze seit 1982 zusammen mit Kompetenzen auch Finanzmittel übertragen bekommen. Warum soll es denn in Deutschland nicht möglich sein, nach dem Grundsatz „Wer bestellt, bezahlt“ zu verfahren?

www.pds-im-bundestag.de
Zusammenstellung: baf

Bei diesem Streik war auch der Weg das Ziel

IG-BAU-Streik endet mit wichtigen Erfolgen

Nach einer Woche Streik einigten sich die Tarifparteien das Bauhauptgewerbes auf einen Kompromiss. Dabei ist es der IG BAU gelungen den Rahmentarifvertrag zu erhalten (s.a. S.16), und die schlimmsten Auswüchse zu verhindern, die eine Umgestaltung oder Aufhebung zur Folge gehabt hätte. (Samstag als Regelarbeitszeit, Arbeitszeitkonto bis 200 Stunden, Änderung der Eingruppierungen für Facharbeiter, insgesamt Reallohnverluste bis zu 400 Euro, etc.)

Das ist ein wichtiges Ergebnis und lässt der IG BAU erst mal Luft bis zu den nächsten Angriffen. Was mit den Modifizierungen gemeint ist, ist noch nicht raus, es sind aber keine Kompensationen zwischen Lohn/Gehalt und Rahmentarif vereinbart worden. Die Löhne und Gehälter steigen in diesem Jahr real um 2,7 Prozent, allerdings nur für die Westbaubeschäftigte, da die drei Einmalzahlungen von je 75 Euro nur für diese gelten sollen. Für alle gilt die Erhöhung um 3,2 Prozent ab dem 1.9.02, fällig wäre eine Erhöhung zum 1.4.02 geworden. Die Ostbeschäftigte müssen also fünf Nullrundenmonate hinnehmen, was für die Westbauleute durch die drei Einmalzahlungen ein wenig ausgeglichen wird. Die Mindestlöhne werden nun auch im Osten erhöht und ab nächstes Jahr ein neuer Mindestlohn für Facharbeiter eingeführt. Es wird also eine weitere Sperre nach unten geschaffen, was insbesondere für den Osten Bedeutung hat. Aber hier steigen die Mindestlöhne für die Ostbeschäftigte dabei sogar nur prozentual geringer. So ist zwar verhindert worden, dass die Mindestlöhne in Ostdeutschland überhaupt nicht steigen, aber durch den geringeren Anstieg wächst die Einkommensschere zwischen Ost und West trotzdem weiter. Das ist ärgerlich, und deutet auf weitere Probleme in der Zukunft hin. Ob durch einen längeren Streik mehr rausgeholt worden wäre?

Was fast genauso wichtig wie das Ergebnis ist: Die Baubeschäftigte und die IG BAU haben es geschafft den ersten flächendeckenden Streik seit der Weimarer Republik zu organisieren, durchzuhalten und erfolgreich zu beenden. (In einigen tarifgebundenen Betrieben wird weiter gestreikt, um diese zu bewegen entweder in den Arbeiterverband einzutreten oder angemessene Haustarifverträge zu unterzeichnen.) Der Ausstand, der mit 8.000 Streikenden begann, wurde täglich ausgeweitet, so dass sich am siebten und letzten Streiktag bundesweit immerhin 32.600 Baubeschäftigte auf 2.387 Baustellen beteiligten. Mit dieser vielversprechenden Premiere wurde ein uner-

lässliches Fundament für die zukünftigen Auseinandersetzungen hergestellt. Die Bauunternehmerverbände haben der IG BAU einen Streik nicht zugetraut und wollten ihr einen schweren Schlag versetzen. Sie wurden eines Besseren belehrt. Trotzdem ist absehbar, dass die rüden Attacken der Baukapitalisten weiter gehen. Die IG BAU jedenfalls ist gestärkt aus diesem Arbeitskampf hervorgegangen, konnte jede Menge neue Mitglieder teilweise auch unter den Wanderarbeitern gewinnen, hat ihr Ansehen unter den Baubeschäftigten merklich gesteigert, und alle zusammen können mit mehr Selbstbewusstsein weitermachen.

Auch der Streikverlauf selber, der von einer positiven und relativ friedlichen Grundstimmung getragen wurde, zeigte wichtige Tendenzen. Die in der letzten Ausgabe der PB geäußerte Hoffnung, die Einbeziehung der ausländischen Wan-



Flächenstreik – auf den Baustellen tobte die Wut der Bauleute

Spur der Steine – Ein Bericht

Ab Montag den 17. Juni hat die Industriegewerkschaft Bauen Agrar Umwelt (IG BAU) in mehreren Streikwellen bis zu 32.000 Bauleute in den Arbeitskampf gerufen. Alleine im Großraum Hamburg folgten schon in den frühen Morgenstunden des ersten Streiktags rund 2.000 Maurer, Zimmerleute und Stahlbetonbauer dem Aufruf ihrer Gewerkschaft und beteiligten sich an aggressiven Kampfmaßnahmen. Das Ergebnis des Streiks ist für die Bauleute hingegen nur ein „Sieg auf niedrigem Niveau“.

Am „historischen“ 17. Juni forderte die Organisation ihre Mitglieder erstmals seit 1949 zu Flächenstreiks auf, Schwerpunkte waren dabei zunächst Hamburg, Berlin, das Ruhrgebiet und die Region zwischen Magdeburg und Leipzig. Der bundesweite Arbeitskampf wurde in den nächsten Tagen in weiteren Streikwellen schrittweise Richtung Süden ausgeweitet. Dabei hat es die IG BAU von Anfang an nicht dabei lassen, die organisierten – und überwiegend tariftreuen – Betriebe zu bestreiken.

In einer Vielzahl von Aktionen wurden

derarbeiter möge mit der erforderlichen Sensibilität erfolgen, ist im Großen und Ganzen eingetroffen. Je nach Herkunftsland und Ausbeutungsgrad variierte der Solidarisierungseffekt von manchmal nicht ganz freiwilliger Arbeitsniederlegung bis hin zur bejahenden, aktiven Teilnahme und Eintritt in die Gewerkschaft. An dieser Stelle muss allerdings die Frage gestellt werden, inwieweit vor allem im ersten Fall ein, wenn auch nur sanfter Druck zulässig ist, weil so das Solidaritätsprinzip doch irgendwie unterhöhlt wird. Dennoch: Die im täglichen Arbeitsleben entstehende, und durch den Streik verfestigte, Solidarisierung zwischen Stamm- und Wanderarbeitern, sowie der partiellen Gewerkschaftseintritte der Letztgenannten, müssten für die IG BAU deutliche Zeichen sein, wohin die Reise gehen muss. Nämlich weg von der Beteiligung auf „Illegalen“ jagd hin zu einer gemeinsamen Frontstellung.

Ein weiterer günstiger Umstand war das schöne Sommerwetter. Die Vorstellung an all die vielen verstrichenen Arbeits- und Überstunden, 12 Stunden Arbeitszeit und Samstagarbeit sind zu dieser Jahreszeit durchaus üblich, dürfte der Kapitalseite Beine gemacht haben, zumal auf den meisten Baustellen ein erheblicher Termindruck lastet. So haben dann auch viele durchgeknallte Unternehmer einen beträchtlichen Druck auf streikende Mitarbeiter ausgeübt. Da das auf Dauer in diesem patriarchalisch geprägten Gewerbe nicht so leicht auszuhalten ist, hätte bei einem längeren Arbeitskampf die Streikfront durchaus etwas bröckeln können. Das mindert aber nicht den Wert der gewonnenen Erfahrungen und der unbezahlbaren Erkenntnis, streikfähig zu sein.

(tja)

von Beginn an vor allem auch die meist ostdeutschen Dumpingunternehmen angegriffen.

Ein Beispiel: Die in dieser Hinsicht wohl berüchtigste Firma „Hoch- und Tiefbau Gadebusch“ (Mecklenburg-Vorpommern) war schon ab dem ersten Streiktag förmlich „ausgeschaltet“.

Blick ins Auge des Tigers

Am 25. Juni – dem vorläufig letzten Streiktag – waren schließlich über 30.000 Bauleute in den Streikgebieten unterwegs, um StreikbrecherInnen an der Ar-



Aus Presseerklärungen der IG Bau vom 25. Juni 2002

Nach mehr als 21 Stunden ist bei den ersten Tarifverhandlungen nach Beginn des flächen-deckenden Streiks der IG Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) ein Tarifergebnis für die 950.000 Beschäftigten im Bauhauptgewerbe erreicht worden.

Vereinbart wurden zwischen der Baugewerkschaft und den Arbeitgeberverbänden eine Erhöhung der Löhne, Gehälter und Ausbildungsvergütungen in Höhe von 3,2 Prozent ab 1. September 2002. Für die Monate Juni, Juli und August erhalten die Beschäftigten jeweils eine Einmalzahlung in Höhe von 75 Euro. Ab April 2003 wurde eine weitere Erhöhung um 2,4 Prozent vereinbart.

Beide Tarifparteien einigten sich auf eine Modernisierung des Bundesrahmentarifvertrags, ohne dass es nach Angaben der IG BAU zu den von den Arbeitgebern geforderten Verschlechterungen und Kompensationen kommt. Der Mindestlohn für Bauarbeiter – auch im Osten – wird zum 1. September 2002 und 1. September 2003 erhöht, neue Mindestlöhne für Facharbeiter in West und Ost werden ab September 2003 eingeführt.

Außerdem einigten sie sich die Tarifparteien auf eine Maßregelungsklausel.

IG BAU-Streikleiter Dietmar Schäfers bewertete das Tarifergebnis bei einer Pressekonferenz am Verhandlungsort Wiesbaden als „akzeptablen Kompromiss“. Schäfers: „Ohne unseren Streik und den großartigen Einsatz unserer Kolleginnen und Kollegen wäre das nicht möglich gewesen.“ Als besonderen Erfolg bewertete Schäfers, dass es gelungen sei, eine reale Lohnerhöhung von 2,7 Prozent in diesem Jahr ohne Kompensation durchzusetzen und eine Nullrunde für den Osten zu verhindern. Schäfers: „Besonders die Einführung des Mindestlohns für Facharbeiter wird für sehr viele Beschäftigte – insbesondere im Osten – eine deutliche Erhöhung ihrer Einkommen bringen. Dies gilt für alle Betriebe, auch die nicht tarifgebundenen.“ Beide Parteien haben eine Erklärungsfrist bis zum 4. Juli 2002 um 16 Uhr vereinbart. Als besonderen Erfolg des Tarifergebnisses, das am 25. Juni für das Bauhauptgewerbe erreicht wurde, bewertet die IG Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) die Erhöhung der Mindestlöhne auch in Ostdeutschland und die Einführung neuer Mindestlöhne für Facharbeiter. Die weitere Erhöhung der Mindestlöhne um

2,4 Prozent erfolgt zum 1. September 2003 (nicht: 1. April). Zu diesem Datum wird auch einen zweiter, höheren Mindestlohn für Facharbeiter in West und Ost eingeführt. Derzeit beträgt der Mindestlohn West 9,80 Euro der Mindestlohn Ost 8,63 Euro. Folgende Erhöhungen wurden im Tarifergebnis vereinbart:

Mindestlohn 1 West

2002 + 3,2 % 10,12 Euro
2003 + 2,4 % 10,36 Euro

Mindestlohn 1 Ost

2002 + 1,5 % 8,76 Euro
2003 + 2,4 % 8,97 Euro

Mindestlohn 2 West

2003 neu 12,47 Euro

Mindestlohn 2 Ost

2003 neu 10,01 Euro

Der Mindestlohn ist allgemeinverbindlich, d.h. er muss auch von nicht tarifvertraglich gebundenen Unternehmen gezahlt werden. Auch aus dem europäischen Ausland nach Deutschland entsandte Arbeitnehmer auf dem Bau, von denen sich viele am Streik der IG BAU beteiligt haben, müssen mindestens den Mindestlohn erhalten. Beide Tarifparteien sind sich einig, dass auch für die neuen Mindestlöhne schnellstmöglich eine Allgemeinverbindlichkeitserklärung beantragt wird.

beit zu hindern und Baustellen lahmzulegen. Dafür hatte die sonst eher zurückhaltende Baugewerkschaft seit Monaten offensiv in ihrer Mitgliedschaft mobilisiert – offenbar mit großem Erfolg. So versprach der Streikleiter für die Region Nord – Jürgen Lau – schon während einer Warnstreikdemonstration am 7. Juni in Hamburg-Harburg, dass die Betriebe – und vor allem die Dumpingunternehmen – „jetzt dem Tiger ins Auge blicken.“ Unter dem Jubel von rund 2.000 HandwerkerInnen rief er den Bauleuten anschließend entgegen: „Wir werden keinen Arbeitskampf in Nadelstreifen führen – die Arbeitgeber werden einen rustikalen Arbeitskampf erleben! Wer ab dem 17. Juni noch auf unseren Baustellen arbeitet, wird zunächst gebeten, die Arbeit nie wieder zu legen. Und wenn das nichts nützt – Kolleginnen und Kollegen – werden wir Ihnen dabei helfen!“

Arbeitgeber-Angriffe wirkten wie Sprengstoff

In den Tarifverhandlungen der vorangegangenen Wochen hatten die Arbeitgeber offenbar fest damit gerechnet, dass die IG BAU inzwischen nicht mehr in der Lage sein würde, einen Arbeitskampf zu führen. Nachdem rund 15 Jahre lang nahezu jede Tarifrunde in teils erheblichen Einbußen für das Bauhauptgewerbe endete, ohne dass es zu nennenswertem Widerstand gekommen wäre, hatten sich die zwei Bauarbeitgeberverbände für dieses Jahr anscheinend nicht weniger als die Zerschlagung der Gewerkschaft zum Ziel gesetzt. Wiedereinführung der Samstagsarbeit, 60-Stunden-Woche, Abschaffung von Überstundenzuschlägen und weitere Abschläge in allen Bereichen waren ihre Forderungen der Tarifrunde,

das ganze garniert mit einer Nullrunde bei Löhnen und Gehältern.

Diese frontalen Angriffe auf die Beschäftigten wirkten jedoch wie Sprengstoff: In nur wenigen Monaten gelang es der IG BAU, ihre Mitglieder zu mobilisieren und volle Kampffähigkeit zu erreichen. Nach gebietsweise massiven Warnstreikaktionen mit bundesweit bis zu 40.000 TeilnehmerInnen begannen die Arbeitgeber – erstmals während der Schlichtungsverhandlungen – mit Rückzugsgefechten. Vor allem an den ostdeutschen Verhandlungsführern scheiterten jedoch mögliche Einigungen, und halberherzige Angebote lehnte die Gewerkschaft überraschend deutlich ab.

Dabei forderte die Industriegewerkschaft Bauen Agrar Umwelt lediglich 4,5% mehr Lohn und Gehalt, eine deutliche Anhebung der Mindestlöhne vor allem in Ostdeutschland und die Einführung eines neuen Mindestlohnes für Facharbeiter. Zudem wurde nach den Angriffen der Arbeitgeber eine Arbeitszeitverkürzung auf 37 Stunden bei vollem Lohnausgleich quasi „nachgeschoben“.

Der Hintergrund: Konjunkturflaute und ruinöses Lohndumping

Die Tarifauseinandersetzungen fanden vor dem Hintergrund der bislang wohl schweren Krise der deutschen Bauwirtschaft statt. Seit rund 15 Jahren drücken vor allem die Konzerne der Bauindustrie die Löhne und zerschlagen durch den Einsatz von tarifuntreuen Subunternehmen systematisch die Arbeitsbedingungen am Bau. Und seit knapp zehn Jahren sinken die Auftragszahlen kontinuierlich. In dieser perfiden Entwicklung sind die größten Unternehmen gleichzeitig die schlimmsten Lohndrücker: Ob Hochtief,

Walter-Bau, DYWIDAG, Züblin oder der insolvente Holzmann-Konzern – in Sachsen Lohndumping zogen die Baukonzerne an einem Strang. Und mittlerweile zieht das Baugewerbe kräftig mit: Teils durch sinkende Baupreise gezwungen, teils aus reinem Gewinnstreben versuchen auch immer wieder Klein- und Mittelbetriebe, ihre Belegschaften im Lohn zu drücken. So zahlt mittlerweile kaum ein Betrieb in Ostdeutschland mehr den Tarif: Der Mindestlohn ist oberste Grenze und auch darunter wird oftmals gearbeitet. Vor kurzem trat gar der Baugewerbeverband in Mecklenburg-Vorpommern geschlossen aus seiner Bundesorganisation aus, um die Tarife künftig unbehelligt zu unterlaufen. Das verschafft vielen Firmen entscheidende Vorteile: Alleine der Unterschied zwischen dem tariflichen Ecklohn West von etwa 14 Euro und dem Ost-Mindestlohn in Höhe von nicht ganz 9 Euro reicht aus, um Bauleistungen wesentlich billiger anzubieten.

300.000 „Fremdarbeiter“ auf den Baustellen

Neben ostdeutschen Betrieben sind es zudem oftmals süd- und osteuropäische Firmen, die ausschließlich Dumpinglöhne zahlen. So arbeiten alleine fast 300.000 ausländische Kollegen über so genannte Kontingentverträge jeweils einige Monate in Deutschland – für Löhne, die in der Realität nicht selten unterhalb von 5 Euro liegen. So sind alleine gegen den polnischen Baukonzern „BUDIMEX“ mehr als 600 Verfahren wegen Verstößen gegen die Mindestlohnverordnung und das Arbeitnehmerentsdegesetz anhängig, ohne dass sich die die Kontingente vergebenden Arbeitsämter daran zu stören.

scheinen. Auch eigenwillige Entlohnungsformen, wie „fünf Euro bar auf die Hand“ (beim Chemobudowa-Konzern auf der Baustelle der DAK in der Hamburger Hammerbrookstraße) scheinen zunächst niemanden so recht zum Handeln zu bewegen.

Während diese katastrophale Situation in den vergangenen Jahren oftmals zu rassistischen Denkmustern oder gar vereinzelten Übergriffen geführt hat, konnte die IG BAU in den letzten Monaten erfolgreich gegen solche Tendenzen in ihren Reihen vorgehen – freilich ohne das Problem gänzlich zu lösen. Vermehrt wurden während der Tarifauseinandersetzung ausländische Belegschaften mit DolmetscherInnen aufgesucht und dazu aufgefordert, den Kampf der ortsansässigen Bauleute zu unterstützen – oftmals mit Erfolg. Als der Bundesvorsitzende der Baugewerkschaft anlässlich einer Großdemonstration in Berlin am 31. Mai das Motto eines der vielen Transparente auf dem Potsdamer Platz hervorhob, brandete lautstarker Applaus auf: „Ausländische Kollegen Willkommen! Dumpingunternehmer angreifen!!“ lautete die Aufschrift, die Klaus Wiesehügel vor rund 20.000 DemonstrantInnen verlas.

Arbeitskampf? Rustikal!

Vor diesem Hintergrund also begann der erste Flächenstreik am Bau seit mehr als fünfzig Jahren. Überall in den Streikgebieten wurden arbeitenden Baustellen umgestellt, besetzt und schließlich geräumt. Auf kaum einer der auf diese Weise heimgesuchten Arbeitsstätten blieb dabei die Strom- und Wasserversorgung intakt, auf einer Dumpinglohnbaustelle am Hamburger „Berliner Tor“ rissen wütende Bauleute eine gerade eingeschaltete Decke wieder ein. Die im Bau befindliche Colour-Line Arena am Hamburger Volkspark erlitt gar Sachschäden in Höhe mehrerer zehntausend Euro. Als Streikbrecher die Arbeit nicht niederlegen wollten, demolierten wütende Bauleute Maschinen, zerstörten die Baulogistik und machten eine frisch betonierte Großfläche unbrauchbar, 100 BereitschaftspolizistInnen machten dem fröhlichen Treiben schließlich ein Ende.

Alleine in der „Wirtschaftsregion Hamburg“ traten bis zum siebten und letzten Streiktag mehr als 3.000 Gewerkschaftsmitglieder in den Arbeitskampf ein, fast ständig wurden ab Streikbeginn weitere Belegschaften in die Auseinandersetzung geführt. Dazu kamen hier zwischen 500 und 1.000 unorganisierte Bauleute, die sich dem Arbeitskampf solidarisch anschlossen. Eine Situation, die auch die Polizeieinsatzleitung nicht mehr kalt ließ: Schon für den dritten Streiktag wurde eine härtere Gangart angekündigt, vor dem Hamburger Streikzelt tummelten sich fortan neben den Streikenden auch 5-10 als Bauhandwerker verkleidete Polizeibeamte und mischten sich unter die diskutierenden Grüppchen.

Übereilter Tarifabschluß

Mit der enormen Mobilisierungskraft und vor allem auch der Härte der Auseinandersetzung überraschte die IG BAU nicht nur sich selber, sondern vielmehr auch die völlig perplexen Arbeitgeber. Schon nach einer Woche erreichten ihre zuvor heilos zerstrittenen Verbände die nötige Einigkeit für ernsthafte Verhandlungen. Warum Wiesehügel & Co indes schon diese aus der Not geborene Bereitschaft zum Anlaß nahmen, sich auf einen fragwürdigen Abschluß einzulassen, wird wohl das Geheimnis der Gewerkschaftsfunktionäre bleiben.

Zwar erreichten die VerhandlungsführerInnen der IG BAU ohne große Mühe die Rücknahme sämtlicher Angriffe auf die Arbeitsbedingungen am Bau und erzwangen mit effektiv 2,7% Lohn- und Gehaltserhöhungen eine Aufstockung des ursprünglichen Arbeitgeberangebotes um knapp einen Prozentpunkt. Die zweite Hauptforderung der Gewerkschaft aber blieb gänzlich unerfüllt: Hatte man sich zu Beginn der Auseinandersetzung noch eine „Angleichung der Mindestlöhne im Osten“ auf die roten Fahnen geschrieben, konnte gerade dieser Wert nur um effektiv 0,9% oder 12 Cents pro Stunde angehoben werden – während der West-Mindestlohn um immerhin 1,9% stieg und die Tariflöhne um erwähnte 2,7%.

Dieser Umstand hat in den nächsten Monaten nicht nur die Folge, dass der perfide „Wettbewerbsvorteil“ der Dumpingunternehmen noch eskaliert, sondern befördert auch die Einschätzung, dass eine tatsächliche Angleichung von Ost- und Westlöhnen erst in Jahrzehnten erreicht werden wird. „Eine kleine Katastrophe inmitten unserer Jubelgesänge“, kommentierte ein Bauarbeiter im Hamburger Streikzelt treffend.

Derweil versucht man in den Reihen der IG BAU, diese Niederlage mit dem zweiten Teil des Abschlusses schönzureden. Im April 2003 steigen sowohl Ost- und West-Mindestlöhne, als auch die Tariflöhne um 2,4%. Zudem wird nur drei Monate später auch der lange ersehnte „Facharbeiter-Mindestlohn“ in Kraft treten, der zumindest im Westen nur noch rund zwei Euro unterhalb der eigentlichen Tariflöhne liegen wird. Ein Hoffnungsschimmer, an den sich die BauarbeiterInnen jetzt 14 Monate lang klammern müssen.

Immerhin haben die Streikenden vor allem mit ihrer „rustikalen Kampftaktik“ eines unwiederbringlich erreicht: Die Worte „Streik“ oder „Arbeitskampf“ gehören auf dem Bau seit dem 17. Juni 2002 nicht mehr in die Historie – sie sind wieder Teil ihres Alltags geworden. Und wer erlebt hat, mit welcher Begeisterung tausende Bauleute in diesen Arbeitskampf eintraten und für ihre Zukunft kämpften, wird verstehen, warum trotz den mäßigen Ergebnisses nirgendwo in den Streikgebieten schlechte Stimmung aufkommen möchte. Olaf Harning

BDI: rohstoffarmes Deutschland auf Kapital der Köpfe angewiesen. – HB, Freitag/Samstag, 28./29.6.2002. – Laut M. Rogowski, Präsident des BDI, gehört der Bildungsstand in der Bevölkerung zu den wichtigsten Einflussgrößen des Wirtschaftswachstums – nach Untersuchungen der OECD ähnlich relevant wie Handelsliberalisierung oder Geldwertstabilität ... Man muss Bildung ganz nüchtern als ökonomische Größe, als zentralen Standortfaktor anerkennen und behandeln. Laut Rogowski muss in Deutschland ein neues Leistungs- und Verantwortungsbewusstsein entstehen, „Die Kultur der Anstrengung“ müsse gefördert werden. Einen Ausweg aus der „verzweifelten Lage“, die die Pisa-Studie beschreibt, sieht er in der Budgetierung der Schulen, „damit jede Schule ihr Profil gestalten kann bis hin zu Leistungszulagen für gute Lehrer“. Weiter müssten die Eltern die Schule ihrer Kinder künftig frei wählen dürfen. Zu Studium und Ausbildung: „Wer zahlt, begreift das Studium stärker als Investition. Wer zahlt, kann mehr Leistung in der Lehre erwarten. Wer zahlt, steuert Angebot und Qualität mit.“

BDI: Tobin-Steuer höchst bedenklich!

Der von der Enquête-Kommission des Bundestages „Globalisierung der Weltwirtschaft“ vorgelegte Bericht ist vor allem in Bezug auf die Einführung einer Devisenspekulationssteuer, der so genannten Tobin-Steuer, umstritten. L. v. Wartenberg, Hauptgeschäftsführer des BDI kritisiert besonders die Forderung, Devisenumsätze als ersten Schritt innerhalb Europas zu besteuern, das sei in Zeiten der Währungsunion schlicht gedankenlos, „... Mit einer Steuer auf Devisentransaktionen würde sich Europa von den internationalen Finanzmärkten verabschieden,“ meint auch A. Börner, Präsident des Bundesverbandes des Deutschen Groß- und Außenhandels. Die künstliche Verteuerung leite die Finanzströme an Europa vorbei ...“. Es sei Aufgabe des IWF, einen stabilen internationalen Devisenmarkt aufzubauen.

Hartz-Konzept verschafft Zeitarbeitsfirmen Aufschwung. – HB, Dienstag, 25.6.2002. – Die Vorschläge der Hartz-Kommission für eine „Reform der Arbeitsverwaltung“ die beinhalten, Arbeitslosen in Zukunft nach sechsmonatiger Arbeitslosigkeit Zeitarbeit anzubieten, stoßen beim Bundesverband Zeitarbeit (BZA) auf ein positives Echo. Wie die Interessengemeinschaft Deutscher Zeitarbeitsfirmen fordert auch der BZA, dass privaten Agenturen Zugriff auf die Daten der Arbeitssuchenden gewährt wird.

Presseauswertung: rst

Ob die PDS-Bundestagsfraktion geschlossen gegen das Zentrum für Vertreibung stimmte, ist bei Redaktionsschluß nicht klar. Einige Abgeordnete, darunter Ulla Jelpke erklärten:

„Jede Debatte über Flucht und Vertreibung in Europa muss für uns ausgehen von der Vertreibung (und anschließenden Vernichtung) von Juden und Sinti und Roma aus dem Deutschen Reich. Sie muss weitergehen mit der Aufarbeitung des von Anfang an völkerrechtswidrigen und ungültigen Münchner Abkommens, dem deutschen Überfall auf die Tschechoslowakei und Polen, der Zwangsgermanisierung und der aktiven Mitwirkung zahlreicher Deutscher bei dieser verbrecherischen Politik.“

Nur in diesem Kontext ist eine Diskussion über Vertreibung und Zwangsumsiedlung, über das Potsdamer Abkommen, die dadurch veranlasste Umwandlung von Deutschen und das damit verbundene Leid angemessen und akzeptabel.

Jede Diskussion über dieses sensible Thema muss deshalb von Anfang an gemeinsam mit VertreterInnen von Juden, Roma und Sinti, mit tschechischen und polnischen VertreterInnen geführt werden...

Eine solche gemeinsame Diskussion hat bis heute nicht stattgefunden. Schon aus diesem Grund verbietet sich jede Vorwegnahme dieser Diskussion durch einen Beschluss des Deutschen Bundestags. Alle vorliegenden Anträge wollen aber schon jetzt Fakten schaffen. Schon aus diesem Grund lehnen wir die vorliegenden Anträge ab ...

Wir erklären klar und deutlich:

Der Bundesverband der Vertriebenen kommt für uns weder als Träger noch als Mitträger eines solchen Zentrums in Betracht. Das völlig einseitige, die deutschen Verbrechen der NS-Zeit bagatellisierende Weltbild dieser Verbände und ihre bis heute fehlende Abgrenzung zu Antisemiten und Rechtsextremisten disqualifizieren den BdV für eine solche Trägerschaft.“

Zum Antrag von Konventsmitgliedern, die Vorlage eines **europäischen Verfassungsentwurfes** nicht weiter zu verzögern und die Europäische Kommission mit der zügigen Ausarbeitung eines Entwurfes zu beauftragen, erklärt die **PDS-Europaabgeordnete Dr. Sylvia-Yvonne Kaufmann**, Mitglied des Europäischen Konvents:

„Verschiedene Konventsmitglieder haben einen gemeinsamen Antrag eingereicht, wonach die Europäische Kommission beauftragt werden soll, bereits im Oktober 2002 in Anlehnung an den Vorschlag des Europäischen Hochschulinstituts in Florenz einen ersten Entwurf für eine europäische Verfassung vorzulegen.“

Ich habe diesen Antrag aus mehreren Gründen unterzeichnet. Wie insbesondere das Vorpreschen des britischen und des spanischen Regierungschefs Toni Blair und José-Maria Aznar zur Ernennung eines Präsidenten des Europäischen Rates aus dem Kreise ehemaliger Staats- und Regierungschefs zeigt, fürchten manche Regierungen offenbar einen Machtverlust und wollen daher nicht dem Konvent das Heft des Handelns für eine tiefgreifende Reform der Europäischen Union überlassen, sondern den Kurs weiterhin selbst bestimmen. Der Europäische Konvent darf sich aber nicht beiseite schieben lassen, sondern muss als eigenständiges Gremium zügig arbeiten und sein Mandat voll wahrnehmen können. Dem steht aber auch das Agieren des Konventspräsidenten Valérie Giscard d'Estaing entgegen, der nach seinen Gesprächen mit den Staats- und Regierungschefs in Sevilla erklärte, ein erster Verfassungsentwurf solle möglicherweise erst zu Beginn des nächsten Jahres vorgelegt werden. Klar ist, dass dann kaum noch Zeit für eine eingehende Debatte des Verfassungsentwurfs im Konvent bleiben würde. Mit einer derartigen Zeitplanung wäre der Verfassungskonvent in der Tat zu einem Debattierclub degradiert, da er letztlich nur noch den Entwurf absegnen könnte. Ein solches Szenario ist für mich als Konventsmitglied in keiner Weise akzeptabel.“

Deshalb dränge ich darauf, dass der erste Verfassungsentwurf schon frühzeitig vorgelegt wird. Wenn die EU-Kommission, die dem Konvent angehört, von ihm selbst beauftragt wird, diesen Text vorzulegen, dann hätte der Konvent endlich sowohl ein transparentes Verfahren in bezug auf die Texterstellung als auch eine machbare Zeitplanung zur Erfüllung seines Mandats. Gewährleistet sein muss natürlich, dass einerseits die Fragen, die bis dahin nicht in den Arbeitsgruppen beantwortet werden konnten, im Entwurf noch offen gehalten werden und dass andererseits zugleich sichergestellt ist, dass der Entwurf das sich im Konvent abzeichnende Meinungsbild und die bereits in den Arbeitsgruppen erzielten Ergebnisse aufgreift.

Thilo Urchs, Bezirksvorsitzender der PDS Berlin-Mitte schreibt in „Disput“ über die Probleme in Berlin Mitte, in dem Gebiet wo die die PDS ein Direktmandat erzielen will:

„Wenn sich junge Menschen für die PDS engagieren sollen, muss ihnen Freiraum gelassen werden. Gleiches gilt für die Zusammenarbeit mit Initiativen und Bewegungen. Die Verlagerung der Kompetenzen von der Basis, vom Bezirk auf die Landesebene, wie in Berlin gerade praktiziert, wirkt sich hier negativ aus.“

Zusammenstellung: jöd

Seit 1992 führt die Arbeitsgemeinschaft „Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung“ in und bei der PDS zweimal jährlich die Linke Schule durch, auch in diesem Sommer wieder mit drei Kursangeboten.

Wann?

Donnerstag, 25. Juli

Beginn der Kurse 14 Uhr,
bis maximal

Sonntag, 28. Juli, mittags

Wo?

Dieses Mal werden wir in der Jugendherberge in Eisenach tagen.

Die Jugendherberge liegt am Rande der Stadt Eisenach, sie ist vom Bahnhof aus mit dem Stadtbus Linie 3 bis Haltestelle Liliengrund zu erreichen, mit dem Auto der B19, Richtung Meiningen, bis ins Mariental folgen.

Die Jugendherberge wurde im Jahr 2000 komplett saniert, wir haben sie besichtigt und waren über die Arbeitsbedingungen begeistert. Es gibt drei Tagungsräume für je 30 bzw. 25 Personen.



Adresse:

Jugendherberge „Artur Becker“, Mariental 24, 99817 Eisenach, Tel. (0 36 91) 74 32 59, Fax 74 32 60, E-Mail jh-eisenach@djh-thueringen.de

Preise :

Übernachtung/Frühstück 17,00 €

Mittagessen 4,30 €

Abendessen kalt/warm 3,30/4,30 €

Leihgebühr Bettwäsche 3,80 €

Anmeldung!

Bitte schnell und verbindlich bei:

Christiane Schneider, c/o GNN,
Neuer Kamp 25,
20359 Hamburg

Tel.: (0 40) 43 18 88 20,

Fax: (0 40) 43 18 88 21

E-Mail: gnn-hhsh@hansenet.de

Einladung der ArGe Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung, Arbeitsgemeinschaft in und bei der PDS für den 25. bis 28. Juli 2002 in Eisenach (Thüringen)

Linke Sommerschule 2002

AG Wirtschaft

Neuere Diskussion der Bildungsökonomie

Einladung zu einer Anstrengung

Nachdem wir im letzten Winter die Funktionsweise der Versicherungswirtschaft diskutiert hatten, entstand der Wunsch, sich mit dem Bildungswesen zu befassen. Die Gesellschaft lässt sich die Bildungseinrichtungen einen fetten Betrag kosten. Aber obwohl es um viel Geld geht, lässt sich das Bildungssystem als Wirtschaftseinrichtung so recht nicht begreifen. Auch die verwegsten Neoliberalen wagen es nicht, die Güte des Bildungsprozesses etwa an der Rendite zu messen, die Bildungseinrichtungen abwerfen oder abwerfen könnten.

Das Problem besteht darin, Funktionen einer Institution zu bestimmen, die zwar in der Verwaltungslogik bestehen muss, die die ganze Gesellschaft, all ihre Systeme und Subsysteme durchdringt, deren Zusammenhang, Ziele und Methoden sich jedoch der Erfassung durch Bilanz und Marketing entziehen.

Wir wollen im Sommer versuchen, auf den gesellschaftlichen Komplex der Bildungseinrichtungen einen Blick mit Hilfe der Systemtheorie zu werfen, wie sie in Deutschland vor allem von Niklas Luhmann entwickelt worden ist.

Eine angemessene Einführung in die Systemtheorie gibt Helmut Willke, Systemtheorie 1: Grundlagen, UTB 1161. Aus diesem Büchlein ist auch ein Beispiel zur Verdeutlichung dessen, was Systemtheorie meint, entnommen. Willke schreibt, Marx hab sein maßgebendes Werk „Das Kapital“ genannt, und nicht etwa „Die Kapitalisten“. Es sei ein frühes Beispiel der Darstellung bzw. Analyse eines Systems. – Aus der marxistischen Diskussion sind die unendlichen Schwierigkeiten bekannt, die der Versuch bereitete, diese Analyse auf andere gesellschaftliche Komplexe zu „übertragen“ oder die Funktionsweise in anderen gesellschaftlichen Bereichen aus jenem von Marx analysierten „abzuleiten“. Das systemtheoretische Herangehen versucht das nicht, sondern bemüht sich, herauszufinden, wie sich ein gesellschaftlicher Komplex, ein System oder Subsystem, das eine eigene Welt ist, in der eigene Regeln gelten, zu seiner „Umwelt“ verhält, die seine Daseinsbedingung ist. Es sticht ins Auge, dass eine Analyse, die den Komplex der Bildungseinrichtungen auf diese Weise ansieht, sich Verständnis sowohl der darin geltenden Regeln wie der Außenbeziehungen erschließen kann.

Wer Zeit findet, sich vorzubereiten,

kann es mit der Lektüre des oben genannten Büchleins versuchen. In diesem Falle wichtig: Das kurze Glossar auf den Seiten 246 ff im Auge haben. Eine detaillierte Literaturliste wollen wir in einer nächsten Ausgabe geben. Einstweilen eine ungefähre Planung:

Teil 1: Systemtheorie, Einführung, Willke, Luhmann,

Teil 2: Bildungsökonomie, div. Aufsätze, v.a. systemtheoretische Ansätze

Teil 3: Die aktuellen Diskussionen, Zusammenhang Mitteleinsatz und Bildungsergebnis, Pisa-Studie.

Es darf nicht verschwiegen werden, dass die Einarbeitung in die Systemtheorie ein dorniges Geschäft ist, andererseits ist richtig, wenn Willke Marxens Kapital ein hervorragendes Beispiel einer Systemanalyse nennt, so wird, wer dieses Buch gut kennt, sich in die neuen Begriffe finden und die teils ziemlich abgedrehte Schreibe der Systemtheoretiker hinzunehmen wissen.

Für die Vorbereitungsgruppe: Martin Fochler

AG Philosophie

Auseinandersetzung mit Heidegger

Martin Heidegger gehört als einer der Gründer des Existenzialismus zu den einflussreichsten Philosophen des 20. Jahrhunderts. Er zählte u.a. Hannah Arendt, Herbert Marcus, Hans Jonas, Karl Löwith, Hans-Georg Gadamer, Günther Anders zu seinen Schülern, seine Philosophie beeinflusste Sartre, Foucault, Derrida und viele andere. Er identifizierte sich mit der nationalsozialistischen Bewegung, versuchte sie philosophisch zu begründen und fand auch nach 1945 nie ein Wort der Selbstkritik oder Distanzierung. Seit einiger Zeit scheint an den deutschen Hochschulen eine Renaissance Heideggers stattzufinden. Es gibt also einige Gründe, sich mit Heidegger auseinander zu setzen.

Seine Existenzphilosophie entstand in der Periode nach dem ersten Weltkrieg mit seinen ungeheuerlichen Vernichtungsschlachten; ihr Hintergrund sind die anschließenden politischen Umwälzungen, ökonomischen Krisen und sozialen Umschichtungen, die Verzweiflung einer Generation, die aus dem Krieg heimkam und vor dem Nichts stand. Der Weltkrieg, so sahen es viele Intellektuelle, habe das Gesicht der Moderne enthüllt. Unter diesem Eindruck erfuhr die Vernunft- und Rationalitätskritik, die bereits vor dem Krieg eingesetzt hatte, eine enorme Verschärfung.

Heidegger machte das Ausgeliefertsein des verdinglichten Menschen an un-

erkannte Mächte, seine Ängste, Affekte und die „Unheimlichkeit der Vereinzelung“ zum Ausgangspunkt seiner Philosophie. Er sah in der „Raserei der Technik“, der Durchrationalisierung des Lebens, der Massenzivilisation die Ursache der Nöte und wies damit auf das Problem, dass der Rationalismus und die rationalistische Welterklärung eine wesentliche Seite des Lebens unterdrücken. Auch in der ML-Tradition gilt etwa die „Spontaneität“ als Gegensatz zur „Bewusstheit“ als etwas, das bekämpft werden muss. (Lenin, Was tun?) Was gibt Heideggers Existenzphilosophie her für die Überwindung des Dualismus von Sein und Denken?

Heidegger sieht die Gefahr darin, dass der Mensch alles Seiende, einschließlich sich selbst, nur noch als Material für die am Erfolg orientierte Herstellung und Verwertung begreift. Er will den Sinn des Seins neu definieren und stellt damit die gesamte abendländische Metaphysik in Frage. Doch indem er in der Entwicklung seiner Existenzphilosophie die Frage nach dem Sinn von Sein nicht mehr vom Menschen her zu beantworten sucht, sondern vom Sein, destruiert er die Vernunft und gibt er die Humanität, die sich an einer dem Menschen angemessenen Gestaltung der Welt orientiert, auf. Die Frage bleibt, ob sein Ansatz eine Alternative lässt.

Christiane Schneider

AG Geschichte

Zur Geschichte der „Neuen Sozialen Bewegungen“ in der BRD nach 1968

Gegen die Organisierung des postfaschistischen Staatsapparates in der BRD mit seinem zunehmenden repressiven Ausbau in den 50er und 60er Jahren und der imperialistischen Schaffung eines neuen globalisierten Weltmarktes röhrt sich unter den verschiedenen sozialen Kräften ansteigender Widerstand. Die Studentenbewegung 1968 gibt den Anstoß für eine Entwicklung, die später als die „neuen sozialen Bewegungen“ bezeichnet wird. Die Arbeiterbewegung und als deren Vertretung die sozialistischen und kommunistischen Parteien treten als „alte soziale Bewegung“ in den Hintergrund der politischen und sozialen Akteure.

Es entstehen vielfältige und äußerst aktive Gruppen und Organisationen wie die „K-Gruppen“, aber auch militante Gruppierungen (z.B. RAF). Es entwickelt sich die Umweltbewegung, die u.a. in die Gründung der Grünen mündet. Entwicklung und Aktivitäten der Anti-Atom-

kraft-Bewegung (Wyhl, Brokdorf usw.), auch im Sinne einer Bürgerbewegung, werden als gesellschaftlich weitreichendes „Nach-68“-Ergebnis breiten Raum einnehmen.

Das Entstehen und die Aktivitäten dieser außerparlamentarischen Bewegungen und Gruppen löste bei den etablierten politischen Kräften bzw. bei Staat und Behörden umfangreiche und weitreichende Gegenreaktionen und „Krisenmanagement“ aus, gerade im Bereich der Polizei- und Sicherheitsgesetze und des Strafrechts (z.B. „Antiterrorgesetze“).

In dem Geschichtskurs der linken Sommerschule 2002 wollen wir dieser vielschichtigen Entwicklung einigermaßen auf die Spur kommen.

Die Grobplanung sieht etwa folgendermaßen aus:

Beginnen wollen wir am Donnerstag Nachmittag mit einem Überblick zur 68er-Studentenbewegung anhand der Sichtung von dokumentarischem Filmmaterial. Dem schließt sich Freitag Morgen ein Dokumentenüberblick zu Entstehungsgeschichte der militärischen Bewegung (RAF, Bewegung 2.Juni und K-Gruppen) an. Freitag Nachmittag bis Samstag Vormittag folgt die Behandlung der Anti-AKW-Bewegung. Auch hier wollen wir u.a. anhand eines Films über die Geschichte des Kampfes gegen das KKWs Wyhl, der als Startpunkt der bundesweiten Anti-Atomkraftbewegung gewertet werden kann, uns einen Überblick über die Bewegung verschaffen. Am Samstag Nachmittag wollen wir uns mit dem repressiven Ausbau des Staatsapparates beschäftigen.

Zu allen Themenkreisen soll eine parallele Darstellung der Situation in der DDR in dieser Zeit („68er in der DRR“ usw.) und der Sicht aus der DDR auf die politischen Entwicklungen in der Bundesrepublik erfolgen.

Bei Anmeldung zu dem Kurs wird Lesematerial verschickt.

Vorbereitungsgruppe

Einladung zur öffentlichen Mitgliederversammlung der ArGe Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung

Tagesordnungsvorschlag

1. Weitere Arbeit der ArGe und der Linken Schule – Pläne und Schwerpunkte der Arbeitsgruppen
2. Sozialistische Politik in Europa – Politikfelder – Differenzen – Aussichten, Vortrag von Uwe Hikschi, MdB, PDS. Uwe Hikschi ist ordentliches Mitglied im EU-Ausschuss und im Wirtschaftsausschuss des Deutschen Bundestages.
3. Wahl der Sprecher/Sprecherinnen
4. Wahl des/der Parteitagsdelegierten
5. Verschiedenes

Die Mitgliederversammlung findet am Freitag, den 26. Juli, in der Jugendherberge Eisenach statt.

Was ist Kunst?

Eine Zusammenfassung von Hans Waschkau, Teil 2 von 3 Teilen

„Was ist Kunst?“ – unter diesem Titel stellt Michael Hauskeller sechzehn verschiedene Kunstreihen der letzten zweieinhalb Jahrtausende vor (Becksche Reihe 1254, dort auch alle Quellenangaben zu Zitaten). Die Essays entstanden als Serie für die „Frankfurter Rundschau“ und sollten deshalb kurz und zugleich allgemein verständlich sein. Diesen Anforderungen ist der Autor gerecht geworden. Der folgende Überblick des Inhalts hat nicht die Absicht gute kurze Darstellungen weiter verkürzen, sondern soll lediglich zeigen worum es bei den einzelnen Kunstreihen geht.

Arthur Schopenhauer

Arthur Schopenhauer (1788–1860) entwickelte seine Vorstellungen über Kunst in dem 1819 erschienenen Werk „Die Welt als Wille und Vorstellung“. Ein Ausgangspunkt ist darin die Unterscheidung von Kant zwischen den Erscheinungen der Dinge, so wie wir sie wahrnehmen imstande sind, weil sie räumlicher und zeitlicher Begrenzung sowie den Kausalgesetzen unterworfen sind, und der Welt an sich, die wir nicht ergründen können, die aber anders sein muss, als sie uns erscheint. Schopenhauer behauptet nun, bei der nicht ergründbaren Welt an sich handele es sich um die Vergegenständlichung des Willens und modifiziert so die

von der Menschheit schon lange gepflegte Vorstellung, die Welt sei die Verkörperung eines Gottes oder eines Geistes. Den Willen stellt er sich als einen vernunftlosen und blinden Drang vor, der erst beim Menschen die Vernunft als sein Werkzeug hervorbringt. Anders als Kant gliedert Schopenhauer zudem den erkennbaren Erscheinungsbereich der Welt in zwei Ebenen auf. Zum einen gibt es für ihn die gewöhnliche Betrachtungsweise, die uns die Welt als ein Gefüge aufeinander einwirkender Dinge erleben lässt. Sie unterliegen – so Schopenhauer – dem „Satz des Grundes“, weil er aus dem Zustand wechselseitiger Beeinflussung, der alle existierenden Dinge (und damit auch die Menschen) unterliegen, im Umkehrschluss folgert, dass jedes Ding seinen Grund dafür, dass es gerade jetzt gerade so ist, in den anderen Dingen hat. Die zweite Betrachtungsweise der erkennbaren Welt ist die Kunst, die Schopenhauer als „die Betrachtungsart der Dinge unabhängig vom Satze des Grundes“ definiert. Diese Betrachtungsart erlaubt es an den Dingen das zu erkennen, was sich weder räumlich noch zeitlich verorten lässt – Schopenhauer nennt dies in Anlehnung an Platon ihre Idee. Für jeden einzelnen Menschen gilt z.B., dass er oder sie immer irgendwo und irgendwann ist und eine Geschichte hat – auf die Idee des Menschen trifft statt dessen das Gegen teil zu. Daher gibt es zwar viele Menschen, aber nur eine Idee des Menschen, und gleiches gilt auch für alle anderen

Dinge und ihre Ideen. Um die Ideen der Dinge zu erkennen, darf der Erkennende – bzw. der Künstler – selber nicht dem Satz des Grundes unterliegen. Er muss vielmehr alle Individualität aufgeben, sich vom Willen losreißen und zu einem „klaren Spiegel des Objekts“ werden. Zu solcher Erkenntnis ist zwar jeder Mensch fähig, aber erst dem Genie wird dadurch die Welt offenbar. In den Ideen als den unmittelbaren Objektivationen des Willens zeigt sich die Wahrheit über die Welt – dies wiederzugeben und mitzuteilen ist die Aufgabe der Kunst. Eine Sonderstellung unter den Künsten nimmt die Musik ein, da sie nicht Ideen, sondern den Willen unmittelbar selbst abbildet. Einen unangenehmen Tonfall erhält Schopenhauers Theorie durch den Zweck, den er der Kunst zuweist. Denn für ihn bedeutet Individualität Last und Leiden – die Kunst solle davon kurzzeitig Befreiung schaffen. Die Kunst könne vermitteln, was es heißt ohne



Friedrich August von Kaulbach, Germania, 1914, Öl auf Leinwand, 192 x 148,8 cm (Berlin, Deutsches Historisches Museum) – platté Propaganda von „Welt als Wille und Vorstellung“.

Individualität und ohne Willen zu sein, allem Leiden entbunden, ein klares Weltauge, allerdings nur für Augenblicke, bis man vom Leben wieder eingeholt wird. Kunst schenkt damit eine erfreuliche Ahnung von jener Erlösung, die allein auf dem Weg einer vollständigen Verneinung des Willens zum Leben zu erlangen sei.

Georg Wilhelm Friedrich Hegel

Während für Schopenhauer die ganze Welt in Wahrheit Wille war, ist sie für Georg Wilhelm Friedrich Hegel (1770–1831) Geist. Dieser hat sich nach Hegels Theorie im Laufe der Zeit aus der völligen Bewusstlosigkeit und Unfreiheit der unbelebten Materie bis zur hoch entwickelten Geistigkeit des Menschen emporgearbeitet, wo er sich seiner selbst als Geist bewusst wird und wo damit seine Selbstentfaltung zu Ende kommt. In diesem metaphysischen Rahmen definiert Hegel den Begriff Ästhetik neu: Je mehr in der äußerlichen, körperlichen Welt der darin verborgene Geist zum Ausdruck kommt, je inniger sich das Sinnlich-Materielle als vom Geistigen durchdrungen zeigt, desto wahrer und damit auch schöner ist es. In der Natur kommen Wahrheit und Schönheit kaum vor, da sich der Geist dort nur andeutungsweise zeigt, sogar der Mensch ist dafür noch zu sehr Natur. Echte, ungeprüfte Schönheit kann es nur in der Kunst geben, weil diese schon aus dem sich seiner selbst bewussten Geist hervorgeht und daher das Geistfremde von vornehmerein aussondern kann. In der Kunst erscheint die Wahrheit rein und unverfälscht – sie darzustellen ist der einzige Zweck der Kunst. Die Ästhetik kann deshalb getrost von der Natur absehen und sich ausschließlich als „Philosophie der schönen Kunst“ verstehen. Nicht die Nachahmung der Natur soll daher das Bestreben des Künstlers sein. Vielmehr muss die Natur – als sinnliches Material – so bearbeitet und neu geschaffen werden, dass der Mensch sich darin in seiner Geistigkeit wiederfindet. „Das allgemeine Bedürfnis zur Kunst also ist das vernünftige, dass der Mensch die innere und äußere Welt sich zum geistigen Bewusstsein als einen Gegenstand zu erheben hat, in welchem er sein eigenes Selbst wiedererkennt.“ Hegel weist damit dem Menschen die historische und weit über den Bereich der schönen Kunst hinausgehende Aufgabe zu, die Natur sich anzueignen, sie zu denaturieren und damit die Fremdheit der Welt zu tilgen, bis er in allem, was ihm begegnet, nur noch sich selber sieht. Kunst soll eine wahrere Welt als die bestehende schaffen und muss sich dazu über das Leben erheben, schöner als dieses oder kurz: Ideal sein. So darf ein gemaltes Portrait z.B. nicht die Poren, Härchen und Flecken der Haut zeigen. Auch Schmerz oder Not sollen möglichst nicht darge-



Caspar David Friedrich, *Der Rabenbaum* – idealistische Malerei Anfang des 19. Jahrhunderts, oftmals mit christlicher Symbolik aufgeladen.

stellt werden, es sei denn sie werden irgendwie verklärt oder gemildert, so dass inmitten des Leidens doch eine gewisse heitere Ruhe und Freudigkeit der Ergebung gewahrt bleibt. „Die ideale Kunstgestalt steht wie ein seliger Gott vor uns da.“ Im Grunde aber hält Hegel die Kunst für überholt. „Bei fortgehender Bildung tritt bei jedem Volke eine Zeit

ein, in welcher die Kunst über sich selbst hinausweist.“ Allein das reine, systematische Denken der Philosophie wird dem Geist gerecht, da er dort ganz zu sich selbst kommt und zum absoluten Geist wird.

Karl Rosenkranz

Indem Hegel die Kunst auf das Ideal der Schönheit verpflichtete, wies er ihr einen gefährlichen Weg. Denn Kunst, die um jeden Preis schön sein will und nichts sonst, beraubt die Schönheit letztlich aller Aussagekraft und verkommmt so zum bloßen Ornament. Damit wird auch die Darstellung der Wahrheit, die für Hegel mit der Schönheit identisch ist, fragwürdig. Der zu Lebzeiten hochgeehrte, heute kaum noch bekannte Karl Rosenkranz (1805–1879) hat deshalb in seinem Werk „Ästhetik des Hässlichen“ Hegels idealistische Kunstauffassung modifiziert. Für ihn enthält die Möglichkeit des Schönen immer zugleich auch die Möglichkeit des Hässlichen. Nur was der Schönheit fähig ist, kann hässlich sein, und je schöner etwas ist, desto hässlicher kann es werden und desto anfälliger ist es für das Hässliche. Bleibt diese Möglichkeit unsichtbar, wird das Schöne unwahr, da es nur dann wahr ist, wenn man ihm die Gefahr der Vernichtung ansieht. „Das Schöne ist die göttliche, ursprüngliche Idee, und das Hässliche, seine Negation, hat eben als solche ein erst sekundäres Dasein.“ Ohne diese Negation kann aber das Schöne auf Dauer nicht bestehen, wie die ästhetische Erfahrung zur Genüge beweist. Denn selbst wenn man die



Francisco Goya, *Der Schlaf der Vernunft gebiert Ungeheuer*, aus der Sammlung von Zeichnungen mit dem Titel *Caprichos* (Einfälle), die 1799 erschienen: Häßliches, und Monströses auch als gesellschaftliche Kritik.

Schönheit nicht an der Wahrheit der Idee messen wollte, lässt sich doch erleben, wie in der Kunst das Schöne, wenn es unwidersetzt bleibt, alle seine Reize verliert. „Die Reinheit eines bestimmten Gefühls, einer bestimmten Form, einer Farbe, eines Tons kann unmittelbar sogar schön sein. Stellt sich uns aber wieder und wieder immer nur dies eine ohne Unterbrechung, ohne Wechsel und Gegensatz dar, so entsteht dadurch eine triste Armseligkeit, Einförmigkeit, Ein tönen.“ Auf diese Weise hält Rosenkranz am Schönen als Ideal der Kunst fest und leitet zugleich daraus die Notwendigkeit ab, auch dem Hässlichen ästhetisch gerecht zu werden. Allerdings muss das Hässliche irgendwie ästhetisch aufgehoben werden, da Kunst der menschlichen Sehnsucht nach dem Schönen entspringt, das nur in der Kunst rein genossen werden kann. Dies gelingt durch seine Transformation ins Komische. „Das Schöne wird in diesem Prozess als die Macht offenbar, welche die Empörung des Hässlichen seiner Herrschaft wieder unterwirft. In dieser Versöhnung entsteht eine unendliche Heiterkeit, die uns zum Lächeln, zum Lachen erregt. ... Das positive Ideal wird im Komischen anerkannt, weil und indem seine negativen Erscheinung sich verflüchtigt.“ Der Komplexität der Idee, dem Ideal von Schönheit und Wahrheit, scheint so allein das Komische gerecht zu werden. Wenn das aber so ist, dann muss vollendete, das Ideal verwirklichende Kunst letztlich immer komisch sein – eine Konsequenz, die Rosenkranz so allerdings nicht ausdrücklich zieht.

Benedetto Croce

Die Übereinstimmung zwischen dem von Hegel und seinen Nachfolgern verfochtenen Ideal des Schönen und der künstlerischen Praxis nahm seit Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts rasch ab. Schon 1902 schuf aber der Italiener Benedetto Croce (1866–1952) mit seiner „Theorie der Ästhetik als Wissenschaft vom Ausdruck und Allgemeine Linguistik“ eine philosophische Grundlage, die Zugang zur modernen Kunst ermöglicht. Croce unterscheidet zwei Arten von Erkenntnis. Die (allgemein anerkanntere) logische Erkenntnis geht vom Verstand aus und richtet sich auf die allgemeinen, abstrakten Beziehungen zwischen den Dingen. Daneben gibt es aber auch noch die intuitive Erkenntnis, die von der Phantasie ausgeht, mit deren Hilfe Vorstellungsbilder („Intuitionen“) gebildet werden, die es erlauben die Dinge in ihrer Besonderheit zu erfassen. Dieses konkrete Stück Zeitungspapier ist eine Intuition, während es sich bei Zeitungspapier im Allgemeinen um einen Begriff handelt, der aus unendlich vielen konkreten Erscheinungen und damit aus Intuitionen abgeleitet ist. Kunst ist für Croce das Ergebnis intuitiver Erkenntnis – Kunstwerke sind somit Intuitionen. Da Croce davon ausgeht, dass (intuitive wie auch



Max Ernst, 1919–20, Collage mit Gouache und Bleistift auf Papier. Titel: „1 kupferblech 1 zinkblech 1 gummituch 2 tastzirkel 1 abflußfernrohr 1 röhrender mensch“

logische) Erkenntnis erst dann entsteht, wenn sie ausgedrückt wird, ist eine Intuition eine aktive, geistige Formung eines vorgegebenen Stoffes, im Gegensatz zu einer Empfindung, die uns nur passiv widerfährt. Dabei hat aber nicht jede Erkenntnis die gleiche Qualität: Je klarer die Erkenntnis, desto besser auch der Ausdruck. Ein Künstler zeichnet sich nicht durch seine technischen Fähigkeiten, sondern durch seine überragende Vorstellungskraft aus, also nicht durch das, was er hervorbringt, sondern bereits durch das, was er wahrnimmt. „Der Maler ist deswegen ein Maler, weil er das erschaut, was andere nur fühlen oder ansehen, aber nicht erschauen.“ Für Croce ist eigentlich alles, was der Mensch hervorbringt, Kunst, sofern es nämlich Ausdruck seiner geistigen Tätigkeit ist. Alle Kunst ist Ausdruck und aller Ausdruck Kunst. Darum gehört für Croce auch die

Linguistik, verstanden als Lehre von den sprachlichen Ausdrucksformen, mit zur Ästhetik. Zwischen dem, was traditionell Kunst genannt wird, und dem, was gewöhnlich nicht darunter gerechnet wird, gibt es keinen qualitativen Unterschied, sondern lediglich einen quantitativen. Manche Menschen vermögen eben mehr zu erfassen und auszudrücken als andere, aber es ist unsinnig, eine künstlerische von einer alltäglichen Intuition zu unterscheiden. Jede ausgedrückte Intuition ist Kunst, oder – wie es viel später Josef Beuys ausgedrückt hat – jeder Mensch ist ein Künstler. Da es aber nicht jedem gelingt, etwas präzise zu erfassen und auszudrücken, schließt das die Existenz schlechter Künstler nicht aus. Kunst ist immer „gelungene Expression“. Eng verwandt ist damit der Begriff Schönheit, der für Croce nichts anderes als Ausdruck bedeutet – ein gelungenes

Werk ist deshalb auch schön. Hieraus folgt aber, dass die Natur als solche nicht schön sein kann, da sie nicht Ausdruck, sondern passiv und geistlos ist. Croce führt so zu Ende, was Hegel mit seiner Abwertung des Naturschönen begonnen hatte. Kunst kann jeden beliebigen Inhalt haben, ohne dass ihre Schönheit dadurch beeinflusst wird, da es nicht auf den Inhalt, sondern auf den Ausdruck kommt. Ein „Bild, das etwas Schmerzliches oder Schändliches darstellt“, kann mit demselben Recht schön genannt werden wie „ein Bild des Lustvollen und Guten“. In der Wahl ihrer Gegenstände muss der Kunst darum völlige Freiheit gelassen werden. Da aber Schönheit, Kunst und Ausdruck Synonyme sind, verliert der Begriff des Schönen für die Ästhetik jede differenzierende Bedeutung und wird als zentrale Kategorie überflüssig.

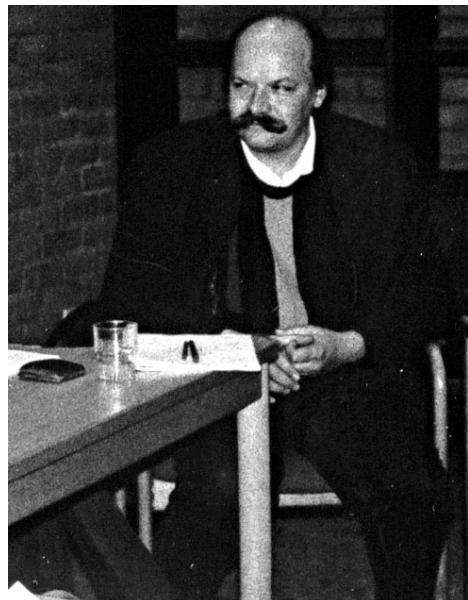
Walter Benjamin

Walter Benjamin (1892–1940) untersuchte 1936 in dem Aufsatz „Das Kunstwerk im Zeitalter seiner technischen Reproduzierbarkeit“ den Einfluss neuer Techniken auf die Kunst. Knapp hundert Jahre zuvor hatte Daguerre den ersten Apparat zur mechanischen Erzeugung von Lichtbildern erfunden, rund sechzig Jahre später lernten die Bilder laufen, bald darauf sogar sprechen. Benjamin versteht Photographie und Film als innovative Kunstformen, die ältere Formen wie das Tafelbild und das Schauspiel ablösen. Ihnen fehlt, was Werke der Kunst bisher immer ausgezeichnet hatte, nämlich eine ihnen eigentümliche Aura, die Benjamin als „einmalige Erscheinung einer Ferne, so nah sie auch sein mag“ definiert. Aura ist eine Wirklichkeit, die nur an diesem Ort, zu dieser Zeit erfahren und die nicht festgehalten und mitgenommen werden kann, und deshalb auch in der Nähe ewig fern, weil ungreifbar, bleibt. In der Ein-

zigartigkeit der Erstaufführung eines Symphoniekonzerts, eines Dramas oder auch eines Gemäldes von Rembrandt lebt noch die sakrale Bedeutung nach, die das Kunstwerk einst durch seine Einbindung in kultische Handlungen besessen hatte. Seiner Unnahbarkeit gewahr stehe ich scheu vor ihm, wie allein vor meinem Gott. Gerade dieses Einmalige geht nach Benjamin durch die Möglichkeit massenhafter technischer Reproduktion verloren. Ein Werk, das in beliebiger Zahl vervielfältigt werden kann, ist auf den massenhaften Privatgebrauch hin angelegt (damals schon die Tonaufnahme, später das Fernsehen, heute auch das Internet) und beraubt sich so seiner ursprünglichen Ferne. Vom ehemaligen Kultwert des Kunstwerks und seiner Autorität bleibt so kaum noch etwas übrig – die Aura entschwindet, weil sie stets an das Hier und Jetzt gebunden bleibt und es daher kein Abbild von ihr geben kann. Benjamin scheint zwar den Verlust der Aura zu bedauern, hält ihn aber offenbar in politischer Hinsicht für begrüßenswert. Er hat hautnah die faschistische Instrumentalisierung von Begriffen wie Schöpferum, Genialität, Ewigkeitswert und Geheimnis erlebt, die stets an die Einmaligkeit und Aura des Kunstwerks geknüpft waren. Mit Erfolg betrieb der Faschismus die Ästhetisierung und Auratisierung des politischen Lebens und sogar des Krieges. Der Faschismus verschaffte der Masse ästhetischen Ausdruck und verschleierte so, dass er an den bestehenden Eigentumsverhältnissen, also an der faktischen Ungerechtigkeit und Ungleichheit, nichts ändern wollte. Auratische Kunst verlangt vom Betrachter, dass er sich in sie versenke und dabei die Welt Welt sein lässt, und hilft so – gerade weil sie nicht politisch ist – bei der Verfestigung des Bestehenden. Benjamin dagegen hält statt einer Ästhetisierung der

Politik eine Politisierung der Kunst für nötig. Dies setzt wiederum die Zerstörung der Aura voraus, da eine von der Aura befreite Kunst den Betrachter nicht mehr absorbiert, sondern ihn von sich ablenkt, ihn zerstreut und ihm so erlaubt, sich aus ihrem Bann zu lösen. Damit ist der Weg frei für eine kritische, begutachtende Position, in der Genuss und Kritik zusammenfallen. Der Betrachter sieht durch das Werk hindurch auf die reale Welt, die ihm in nie gekannter Weise nahegebracht wird. Die Kamer 技术 erlaubt ein tieferes und genaueres Eindringen in die sichtbare Wirklichkeit, indem sie diese zergliedert, einzelne Segmente heraus schneidet, sie wieder neu zusammensetzt, und so bisher Unsichtbares ans Tageslicht bringt. „Der Maler beobachtet in seiner Arbeit eine natürliche Distanz zum Gegebenen, der Kameramann dagegen dringt tief ins Gewebe der Gegebenheiten ein.“ Die Kamera fördert Optisch-Unbewusstes zutage, so z.B. die „Haltung im Sekundenbruchteil des Ausschreitens“ beim „Gang der Leute“. Auch fortschrittliche Kunst, die sich der traditionellen Formen bedient, passt sich der analytischen Methode der Kamera an, so z.B. der Dadaismus, der ebenfalls die Vernichtung der Aura betrieben hat, indem er das Gewöhnlichste und Alltäglichste – banale Objekte der realen Welt wie Hosenträger und Busfahrkarte – präsentiert, und so den Betrachter an ritueller Versenkung hindert. Das Kunstwerk wird hier gleichsam zum „Geschoss“, es stößt auf den Betrachter zu, der sich nicht mehr in Ruhe seinem Assoziationsablauf überlassen kann, weil er immer wieder mit Neuem und immer wieder neu mit der Realität konfrontiert wird. Neue Kunst, so wie Benjamin sie versteht, will den Betrachter aufrütteln und setzt dazu bewusst auf physische Schockwirkungen.

(Illustration durch Redaktion, alk)



Tobias Brückner

geboren am 3. Januar 1954

gestorben am 20. Juni 2002

Die Trauerfeier mit anschließender Urnenbeisetzung
findet statt am 6. Juli 2002 um 10.30 Uhr
auf dem Friedhof in Heidelberg-Handschuhsheim.

12.-19. Juli, Jena: 5. antirassistisches Grenzcamp. Infotelefon: jeden Mittwoch 16:30 bis 18:00 Uhr, +49 (0) 3641-665214. Kontakt: The VOICE Africa Refugee Forum in Jena, Schillergäßchen 5, 07745 Jena, Tel: +49 (0) 3641-665214, Fax: +49 (0) 3641-449304 or 221291, e-Mail: The_VOICE_Jena@gmx.de

13. Juli, Düsseldorf: Droht der Einstieg in die Zwei-Klassen-Medizin?, Fachtagung des DGB-Bezirks NRW zur Gesundheitsreform 2002 / 2003 im Hotel „Nikko“, Immermannstraße 41, 40210 Düsseldorf

19.-28. Juli, Straßburg: Internationales Grenzcamp

20./21. Juli, Bremen: Seminar zur den Folgen der Novelle des Ausländerrechts für Flüchtlinge. Veranstalterin: Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen. Im Vorfeld der Tour der „Karawane ...“ sollen Impulse für die weitere Zusammenarbeit der verschiedenen an der Karawane beteiligten Gruppen und Organisationen gegeben werden. Wir versuchen mit dem Seminar Antworten auf folgende Fragen zu geben: Wie kann den gesetzlichen Verschärfungen durch Kampagnen, auf politischer, juristischer und individueller Ebene begegnet werden? Wie soll auf der Karawane – Tour vor den Bundestagswahlen mit dem Thema umgegangen werden? Wir laden alle Flüchtlinge, UnterstützerInnen und Interessierte herzlich ein, sich auf dem Seminar mit diesen Problemen zu beschäftigen und an der Entwicklung eines breiten Widerstandes gegen die inhumane Flüchtlingspolitik von Otto Schily und Rot-Grün bzw. von Edmund Stoiber mitzuwirken. Ort: ESG, Parkstr. 107, 28209 Bremen; Teilnahmegebühr: 20,- , Verpflegung und bei Bedarf Unterkunft in Privatwohnungen sind darin enthalten.

25.-28. Juli, Eisenach: Linke Sommerschule, Näheres siehe im Innenteil

26. Juli, Berlin: Sitzung der PDS-ProgrammKommission, Karl-Liebknecht-Haus

3.-11. August, bei Berlin: Crossover Summercamp, e-mail: summercamp@squat.net, snailmail: summercamp, c/o a6-laden, adalbertstr.6, 10999 berlin, germany

16.-24. August, Hamburg: Schill-Y-Out-days / Land In Sicht Camp. Kontakt: kontakt_lis@nadir.org

17. August bis 21. September: Die „Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen“ beginnt in Bremen und endet am Abend der Bundestagswahl in Berlin. In verschiedenen Städten, Dörfern und Flüchtlingsheimen in ganz Deutschland werden wir versuchen, die Zusammenarbeit mit den fortschrittlichen Kräften zu stärken, die Zusammenarbeit unter den

Flüchtlingsorganisationen intensivieren und Unterstützung für von Flüchtlingen organisierten Widerstand geben. Die Tour soll auch die untragbaren, inhumanen Zustände in den deutschen Flüchtlingsheimen, die sich meist in Wäldern oder abgelegenen Gegenden befinden, in die Öffentlichkeit bringen. Gleichzeitig wollen wir die Folgen des herrschenden Krieges herausheben, indem wir ihn in Bezug zu den Kriegen setzen, die uns zwangen, unsere Heimat zu verlassen. Wir laden Euch alle ein, mit uns gemeinsam für eine Bewegung für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen aufzustehen! Bremer Koordinierungsbüro: Internationaler Menschenrechtsverein Bremen e.V., Münchener Straße 17, 28215 Bremen, Tel.: (0421) 5577093, Fax: (0421) 5577094, mail@humanrights.de, http://www.humanrights.

30.August bis 1. September: Ein Jahr „Krieg gegen den Terror“. Hannover, Raschplatzpavillon, Kongress und weitere Aktionen (Filme, Schülerworks-hop, Kultur- und Musikveranstaltung) zur Zwischenbilanz des „Krieges gegen den Terror“ und zu friedenspolitisch gebotenen Alternativen zur militärischen Interventionspolitik, u.a. mit Tobias Pflüger, Norman Paech, Arno Klönne. Infos: RaiButen@aol.com

6./7. September, Bochum: Ruhr-Universität, Wissenschaftliche Konferenz der Internationalen Rosa-Luxemburg-Gesellschaft zum Thema: *Rosa Luxemburg und die Demokratie nach dem Ende des Kalten Krieges*, u.a. mit Hermann Weber, Annelies Laschitsa, Narihiko Ito, Ottokar Luban, Helga Grebing. Anmeldung: Prof. Dr. Klaus Tenfelde, Institut für soziale Bewegungen, Clemensstr. 17-19, 44789 Bochum, Fax: 0243/3214249

14. September, Köln: Her mit dem schönen Leben – eine andere Welt ist möglich! Aktionstag+Demoder Jugendorganisationen von ver.di, IGM, IG BAU, Transnet, NGG sowie Attac. Infos unter www.attac-netzwerk.de

22. September: Bundestagswahl; Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern

– an die angeklagten Frauen

Das heißt, jede Person verschickt insgesamt 4 Postkarten. Jeweils eine an die oben genannte Adresse. Auf der Rückseite ist Platz für eine Unterschrift und Bemerkungen.

Bestellt und verschickt die Postkarten, verbreitet die Aktion!

Bestellung der Postkarten unter: e-mail: Prozessbeobachtung-Istanbul@gmx.de oder über die Postadresse: Frauensolidaritätskomitee Türkei c/o Frauenzentrum, Faulerstr. 20, 79098 Freiburg Preis: Portogebühren. Weitere Infos: www.mediensyndikat.de/prozess

Die türkische Regierung hat 18 Frauen und einen Mann angeklagt, weil sie sexuelle Folter und Vergewaltigungen auf Polizeistationen öffentlich angeprangert haben.
Wir protestieren gegen dieses Verfahren, das die Opfer und ihre UnterstützerInnen einschüchtern und zum Schweigen bringen soll!



Den Prozess beenden – die Täter bestrafen!

Reden über sexuelle Folter kann strafbar sein:

Protest-Postkarten-Aktion

gegen ein Gerichtsverfahren in der Türkei

Im Juni 2000 berichtete Frau Nasle Top auf einem Kongress in Istanbul über Foltermethoden, mit denen sie auf einer Polizeistation gequält wurde. Sie sprach von tagelang verabreichten Elektroschocks und Vergewaltigung. Mit ihrer Schilderung soll sie den türkischen Staat „verleumdet und verunglimpft“ haben und wurde dafür angeklagt.

Mit ihr stehen seit März 2001 18 Frauen vor Gericht, weil sie den systematischen Einsatz von sexueller Folter und Vergewaltigung durch türkische Polizisten und Soldaten öffentlich verurteilt und die Bestrafung der Täter fordern. Auch der Vater einer jungen vergewaltigten Frau ist angeklagt, weil er seine Tochter unterstützt.

Der derzeit laufende Prozess soll die Angeklagten einschüchtern und zum Schweigen bringen.

Mit der Protest-Postkarten-Aktion wollen wir die Frauen darin bestärken, weiterhin über Folter und Unterdrückung zu berichten und die Bestrafung der Täter zu fordern. Nur eine breite Öffentlichkeit und politischer Druck können erreichen, dass Vergewaltigungen durch Polizei und Militärangehörige gestoppt werden.

Die Postkarte ist zweisprachig und ist an 4 unterschiedliche Adressen gerichtet:

- an das dt. Außenministerium
- an den Europäischen Gerichtshof
- an den türkischen Justizminister